

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1997/98

Weltwirtschaft: Aufschwung setzt sich fort 463

Bundesrepublik Deutschland:

Anhaltende Schwäche der Binnennachfrage 472

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 27-28/97

Berlin

3. Juli 1997

64. Jahrgang

Stöglin

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1997/98

Weltwirtschaft: Aufschwung setzt sich fort

Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der Weltwirtschaft hielt an. In Nordamerika beschleunigte sich die ohnehin sehr kräftige Expansion. In Asien blieb die Konjunktur bei leicht rückläufigem Tempo kräftig; dabei dürfte sich in Japan der bislang eher labile Aufschwung gefestigt haben. In Westeuropa dagegen blieben das Wachstum verhalten und die Arbeitsmarktlage schlecht. In Mitteleuropa setzte sich die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion mit hohem Tempo fort. Allerdings vergrößerten sich die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Davon war insbesondere Mitteleuropa betroffen. Das außer in einigen Ländern Südasiens insgesamt ruhige Preisklima gibt derzeit keinen Anlaß, Inflationsentwicklungen zu befürchten.

USA: Expansion nach Maß

Der Aufschwung in den USA hat sich — nach der leichten Verlangsamung im Herbst 1996 — seit Anfang des Jahres erheblich verstärkt. Maßgeblich hierfür war vor allem die überaus kräftige Einkommenszunahme, die die Ausgaben für die Güter des privaten Verbrauchs stark steigen ließ. Mehr und mehr verlagern sich die konjunkturellen Antriebskräfte von den Investitionen zum Konsum. Gleichwohl expandieren auch die Investitionen immer noch kräftig. Mit der dynamischen Verbrauchskonjunktur nahm der Importsog deutlich zu, so daß die Fehlbeträge in der amerikanischen Außenhandelsbilanz stark stiegen (Schaubild 1).

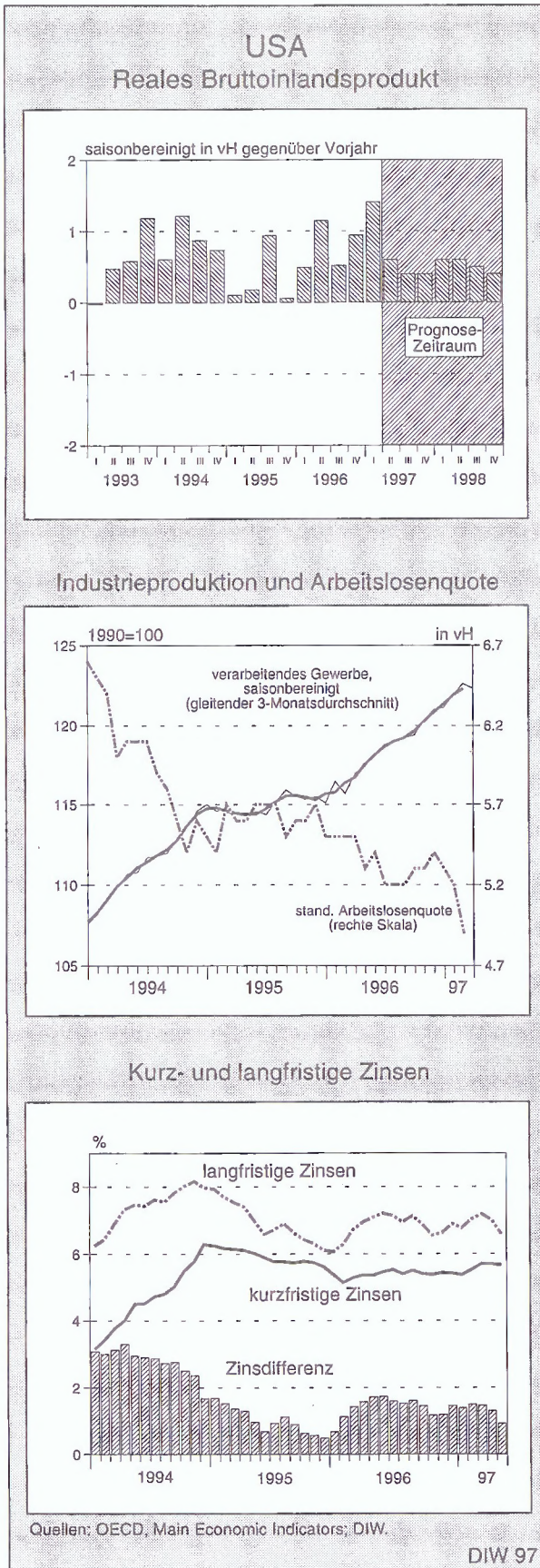
Die Preisentwicklung verlief weiterhin moderat. Bisher sind noch keine Anzeichen für eine nachhaltige Beschleunigung erkennbar, obwohl die Stundenlöhne im privaten Sektor zuletzt mit knapp 4 vH deutlich über den Vorjahreswerten lagen. Eine Erklärung ist, daß sich die Arbeitskosten trotz der kräftigen Lohnzuwächse lediglich mäßig erhöhten, weil die Lohnnebenkosten nur sehr schwach gestiegen sind. Bei einer sehr geringen Zunahme der Produktivität stiegen die Lohnstückkosten um gut 2,5 vH. Angesichts der erheblich verstärkten Importkonkurrenz ist der Spielraum der amerikanischen Unternehmen zur Ausweitung ihrer Gewinnmargen gering.

In den USA werden wie schon im Vorjahr die Reallöhne steigen. Da die Beschäftigungsausweitung nach wie vor kräftig ist und die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit über 25 Jahren gefallen ist, sind die Voraussetzungen für eine weitere nachhaltige Konsumausweitung gegeben.

Die Lohnentwicklung dürfte sich angesichts der inzwischen eher sichtbar werdenden Anspannung auf dem Arbeitsmarkt weiter beschleunigen, so daß mit einem Kostenanstieg zu rechnen ist. Im Verlauf des nächsten Jahres ist eine spürbare Dämpfung der Investitionstätigkeit, die 1997 wegen der guten Absatzerwartungen noch sehr kräftig sein dürfte, zu erwarten. Die überaus starke Zunahme zu Beginn des Jahres dürfte allerdings die Grundtendenz überzeichnen. Zur Abschwächung beitragen wird wohl auch die zu erwartende Straffung des geldpolitischen Kurses. Dabei werden weitere, kleinere Zins-schritte unternommen, um die Glaubwürdigkeit der Stabili-

Die Lohnentwicklung dürfte sich angesichts der inzwischen eher sichtbar werdenden Anspannung auf dem Arbeitsmarkt weiter beschleunigen, so daß mit einem Kostenanstieg zu rechnen ist. Im Verlauf des nächsten Jahres ist eine spürbare Dämpfung der Investitionstätigkeit, die 1997 wegen der guten Absatzerwartungen noch sehr kräftig sein dürfte, zu erwarten. Die überaus starke Zunahme zu Beginn des Jahres dürfte allerdings die Grundtendenz überzeichnen. Zur Abschwächung beitragen wird wohl auch die zu erwartende Straffung des geldpolitischen Kurses. Dabei werden weitere, kleinere Zins-schritte unternommen, um die Glaubwürdigkeit der Stabili-

Schaubild 1



tätsorientierung zu unterstreichen und Inflationstendenzen schon im Keim zu ersticken. Die Zinsen auf dem Kapitalmarkt liegen nunmehr etwa einen Prozentpunkt über ihrem Tiefstand Anfang 1996. Die Finanzpolitik bleibt auf ihrem Kurs, die realen Staatsausgaben etwa konstant zu halten. Mit einem solchen Vorgehen ist ihr die Rückführung des Defizits des Bundes von 5½ vH (1992) auf gut 1 vH (1996) des Bruttoinlandsprodukts gelungen¹.

Der Übergang zu einer stärker konsumgetriebenen Konjunktur und die mittlerweile deutliche Höherbewertung des Dollars lassen erwarten, daß die außenwirtschaftlichen Fehlbeträge von derzeit gut 2 vH des Bruttoinlandsprodukts sogar noch weiter zunehmen werden. Insgesamt dürfte sich das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um knapp 3½ vH und im nächsten um gut 2 vH erhöhen.

Festigung des Aufschwungs in Japan

Die wirtschaftliche Entwicklung in Japan wird in diesem Jahr von den Exporten getragen. Maßgeblich für die günstige Exportentwicklung sind die Abwertung des Yen und die wachsenden Märkte in Fernost und in den USA. Dagegen dürften die Importe nur noch mäßig expandieren. Die Binnennachfrage wird indes durch eine restriktive Finanzpolitik gedämpft. Insbesondere beeinträchtigen die Erhöhungen der indirekten und direkten Steuern zum 1. April 1997 im weiteren Verlauf des Jahres die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte. Im Frühjahr kam es noch zu vorgezogenen Käufen, so daß die konjunkturelle Tendenz überzeichnet war. Am deutlichsten zeigt sich dies an der Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes, der im März drastisch gestiegen ist, und den Pkw-Neuzulassungen, die im April völlig eingebrochen sind. Die Industrieproduktion stagnierte in den letzten Monaten, allerdings auf hohem Niveau. Die Investitionstätigkeit bei Ausrüstungen und gewerblichen Bauten wird mit rund 6 vH pro Jahr weiter deutlich zunehmen, wobei die Entwicklung von einer expansiven Geldpolitik unterstützt wird. Nur bei den öffentlichen Bauten und den staatlich geförderten Wohnbauten ist angesichts leerer öffentlicher Kassen ein Rückgang zu erwarten. Insgesamt ist mit einem Wirtschaftswachstum von 2 vH in diesem und von 2½ vH im nächsten Jahr zu rechnen (Schaubild 2).

Bedingt durch die Anhebung der Mehrwertsteuersätze und die Importverteuerung steigen jetzt die Konsumentenpreise wieder. Im April war das Preisniveau 2 vH höher als im Vorjahr. Auch die Erzeugerpreise sind nicht weiter rückläufig. Damit ist die Phase deflationärer Prozesse in Japan wohl zu Ende. Am Arbeitsmarkt nimmt die Zahl der Erwerbstätigen zwar seit einem Jahr wieder deutlich zu, gleichzeitig stagniert aber die Arbeitslosigkeit auf einem für japanische Verhältnisse hohen Niveau von gut 3 vH.

¹ Das gesamtstaatliche Defizit hat sich von knapp 4,5 vH auf etwa 1,5 vH reduziert.

Tabelle 1

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1995		B I P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Verbraucherpreise		
	in vH		Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
	BIP	deutsche Ausfuhr	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998
Deutschland	11,0		1,4	2,0	2,0	0,8	1,0	1,0	1,5	1,5	1,5
Frankreich	7,0	15,9	1,5	2,0	2,5	0,8	1,5	2,5	2,0	1¼	2,0
Großbritannien	5,1	10,9	2,1	2,5	2,0	2,6	3,0	2,5	2,4	2,5	2,5
Italien	5,0	10,3	0,7	1,0	2,0	0,2	1,0	2,0	3,8	2,0	2,0
Spanien	2,6	4,6	2,2	3,0	3,0	1,5	3,0	3,0	3,6	2,0	2,5
Niederlande	1,8	10,1	2,7	3,0	3,0	3,5	2,5	3,0	2,1	2,5	2,5
Belgien	1,2	8,8	1,5	2,5	2,5	1,4	2,5	2,5	2,1	2,0	2,0
Schweden	1,1	3,3	1,1	2,0	2,5	0,0	1,5	2,5	0,8	1,0	2,0
Österreich	1,1	7,4	1,0	2,0	2,5	0,8	1,5	2,0	1,9	2,0	2,0
Dänemark	0,8	2,6	2,4	3,0	3,0	2,2	3,0	3,0	2,2	2,5	3,0
Finnland	0,5	1,2	3,3	3,5	3,0	3,5	4,0	3,5	0,5	1,5	2,0
Portugal	0,5	1,2	2,5	3,0	3,0	2,7	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Griechenland	0,5	1,0	2,6	3,0	3,0	3,6	3,5	3,5	8,5	6,5	5,5
Irland	0,3	0,6	6,5	7,0	6,5	5,2	4,5	4,5	1,6	2,0	2,5
EU	38,5		1,6	2,2	2,3	1,3	1,8	2,1	2,3	1,9	2,1
EU ohne Deutschland	27,5		1,7	2,2	2,5	1,5	2,1	2,6	2,6	2,1	2,3
EU ohne Deutschland ³⁾		77,9	1,7	2,3	2,5	1,6	2,1	2,6	2,4	2,1	2,3
Schweiz	1,4	7,1	−0,7	1,0	1,5	−1,0	0,5	1,0	1,0	1,0	1,5
Norwegen	0,7	1,1	4,8	3,5	3,0	2,5	3,0	3,0	1,2	3,0	3,0
Europäische Industrieländer	40,6		1,6	2,2	2,3	1,2	1,8	2,1	2,2	1,9	2,1
Europäische Industrieländer ohne BRD	29,6		1,7	2,2	2,4	1,4	2,1	2,5	2,5	2,1	2,3
Europäische Industrieländer ohne BRD ³⁾		86,1	1,6	2,2	2,5	1,4	2,0	2,4	2,3	2,0	2,2
USA	33,3	9,8	2,4	3,5	2,0	2,5	3 3/4	2,5	2,9	3,0	3,5
Kanada	2,6	0,7	1,5	4,0	4,0	1,7	5,0	3,0	1,5	1,5	2,0
Japan	23,5	3,4	3,6	2,0	2,5	4,5	1,5	2,5	0,7	1,5	1,5
Außereuropäische Industrieländer	59,4		2,8	2,9	2,3	3,2	2,9	2,5	2,0	2,3	2,6
Außereuropäische Industrieländer ³⁾		13,9	2,6	3,2	2,2	2,9	3,3	2,5	2,3	2,6	2,9
Insgesamt	100,0		2,3	2,6	2,3	2,4	2,5	2,3	2,1	2,2	2,4
Insgesamt ohne Deutschland	89,0		2,5	2,7	2,3	2,6	2,6	2,5	2,1	2,3	2,5
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾		100,0	1,7	2,3	2,4	1,6	2,2	2,4	2,3	2,1	2,3

¹⁾ Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1995 (Jahresdurchschnitt). — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Warenausfuhr 1995.

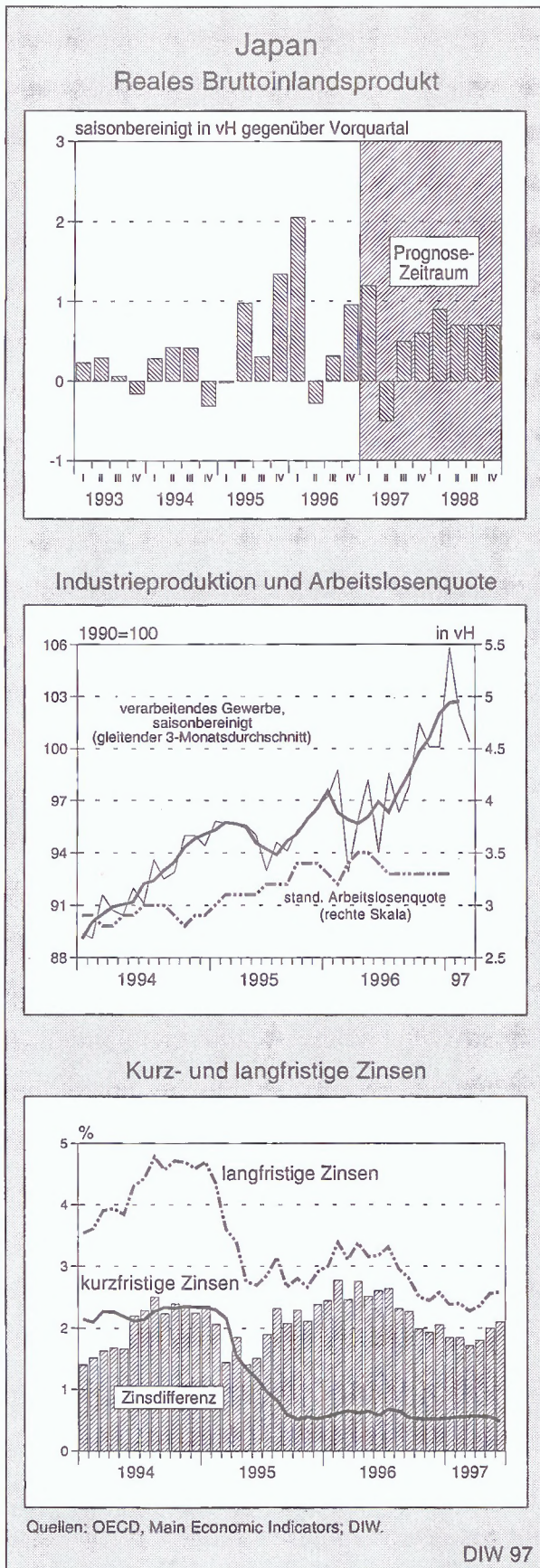
Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Westeuropa: Verhaltene Entwicklung mit hoher Arbeitslosigkeit

In Westeuropa hat sich die konjunkturelle Belebung, die Mitte 1996 eingesetzt hatte, nicht weiter verstärkt. Zwar

expandierte die Ausfuhr, unterstützt durch die Schwäche der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar, kräftig. Doch wirkte sich dies kaum auf die Ausrüstungsinvestitionen aus, nicht zuletzt, weil die Konsumnachfrage weiterhin schwach blieb.

Schaubild 2



Bis Mai 1998 wird darüber entschieden, ob die Europäische Währungsunion (EWU) Anfang 1999 starten wird und welche Länder gegebenenfalls daran teilnehmen werden. Im Hinblick auf diesen Termin haben die westeuropäischen Länder geld- und finanzpolitisch zum Teil recht verschieden agiert. Nicht zuletzt deshalb ergibt sich ein gespaltenes Bild von der Konjunktur in Westeuropa. Unter den großen westeuropäischen Ländern weist lediglich Großbritannien, ein Land, das nicht von Beginn an zur EWU gehören möchte, eine annähernd befriedigende Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung auf (Schaubild 3). Nach der kräftigen Pfundabwertung zu Beginn der neunziger Jahre wurde hier über längere Zeit eine expansive Geldpolitik verfolgt, die zu einem langen Aufschwung führte. Inzwischen hat die englische Notenbank ihren Kurs leicht gestrafft, obwohl der Preisanstieg moderat ist und das Pfund aufgewertet hat. Dies wird die konjunkturelle Entwicklung beeinträchtigen. In Frankreich bleibt der Wachstumspfad wegen der durch die restriktive Fiskalpolitik stark gedämpften Binnennachfrage flach (Schaubild 4). Wie in Deutschland wird das Wirtschaftswachstum hier in erster Linie von der kräftigen Auslandsnachfrage getragen. Italien, das besonders große Anstrengungen zur kurzfristigen Erreichung der Maastricht-Referenzwerte unternommen hat, leidet unter den Folgen einer restriktiven Geld- und Finanzpolitik, die die Inlandsnachfrage erheblich beeinträchtigt (Schaubild 5). Spanien, dessen Teilnahme an der EWU inzwischen kaum noch in Frage gestellt werden kann, gelang es nach einer kräftigen Abwertung 1992/93, die Leistungsbilanz erheblich zu verbessern. Trotz fiskalpolitischer Restriktion hat sich das Wirtschaftswachstum hier in den letzten Jahren — bei allerdings immer noch großen Arbeitsmarktproblemen — auf einer etwas breiteren Basis entfaltet. Ähnliches gilt für Portugal. Von den anderen kleineren Staaten weisen — mit Ausnahme Schwedens — die skandinavischen Länder, Luxemburg und Irland eine ebenfalls günstige Entwicklung auf. Griechenland hat seine wirtschaftliche Lage zwar auch verbessert, verfehlt aber in bezug auf den Maastricht-Vertrag als einziges Land bei weitem mehrere wichtige Referenzwerte.

Zentrales Problem für die europäische Wirtschaft bleibt die hohe und vielfach sogar noch zunehmende Arbeitslosigkeit. Nur in wenigen Ländern, insbesondere dort, wo der wirtschaftliche Aufschwung andauert, wie in Irland, Spanien und Großbritannien, konnte die Zahl der Arbeitslosen verringert werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß nur ein längerer Aufschwung spürbar positive Beschäftigungseffekte mit sich bringt. Voraussetzung hierfür ist eine kräftige Ausweitung insbesondere der Ausrüstungsinvestitionen.

Keine Wende am Arbeitsmarkt durch Angebotspolitik

Für eine stärkere Expansion der Ausrüstungsinvestitionen wird vielfach die Verbesserung der Angebotsbedingungen in Europa gefordert. Vor allem im internationalen Vergleich zu hohe Lohnkosten, ein aufgeblähtes und über-

Tabelle 2

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte			Importe		
	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998
Deutschland	1,3	0,5	1,0	2,4	1,5	0,5	-0,8	0,0	1,5	4,9	9,5	5,0	2,6	6,5	2,0
Frankreich	2,1	1,0	2,0	1,3	1,5	1,0	-0,5	2,0	4,0	4,7	5,5	5,0	2,5	4,5	4,5
Großbritannien	3,0	3,5	3,0	0,8	2,0	2,0	1,0	3,5	2,5	6,3	2,5	3,5	7,8	5,5	5,5
Italien	0,7	1,0	1,5	0,4	-1,0	-1,0	1,2	0,0	2,5	-0,3	2,5	3,5	-2,6	3,5	3,5
Spanien	1,9	2,5	3,0	0,0	-0,5	0,0	0,7	4,0	4,0	10,3	4,5	5,0	7,5	5,0	5,5
Niederlande	2,9	2,0	2,5	0,5	1,5	1,5	5,5	3,5	4,5	4,0	4,0	4,5	5,8	3,5	4,5
Belgien	1,5	1,5	2,0	0,0	0,5	1,5	2,5	2,5	3,5	3,0	4,0	4,5	3,0	4,0	4,5
Schweden	1,5	2,0	2,0	-1,7	-1,0	-0,5	4,7	3,0	5,0	5,6	3,5	4,0	3,5	3,0	4,5
Österreich	1,0	1,5	2,0	0,5	0,5	0,5	1,0	2,0	3,0	3,0	4,0	4,5	2,5	3,0	3,5
Dänemark	2,6	2,5	3,0	1,9	1,0	1,0	7,7	3,5	4,0	2,3	4,0	4,5	1,8	4,5	5,0
Finnland	3,3	3,5	3,5	2,9	1,0	1,0	5,5	6,0	5,0	3,8	4,5	5,0	4,5	6,0	6,5
Portugal	2,0	2,0	2,5	1,5	1,5	1,5	4,5	5,5	5,5	7,0	8,0	8,0	6,0	6,0	7,0
Griechenland	2,0	2,0	2,5	2,0	1,5	1,0	7,5	8,0	8,0	2,5	5,0	5,5	6,0	5,5	6,0
Irland	5,0	5,0	5,0	2,0	2,5	2,5	8,0	6,0	8,0	10,5	9,5	9,0	10,0	7,0	7,5
EU ¹⁾	1,8	1,5	2,0	1,2	1,0	0,7	0,8	1,8	3,0	4,5	5,3	4,6	3,6	4,9	4,1
EU ohne Deutschland ¹⁾	2,0	1,9	2,3	0,7	0,8	0,8	1,7	2,6	3,7	4,4	4,1	4,5	3,9	4,4	4,8
Schweiz	0,3	0,5	1,0	-0,2	-1,0	0,0	1,3	0,5	1,5	2,4	3,5	5,0	1,5	2,5	4,0
Norwegen	4,8	3,5	3,0	1,7	2,0	2,0	3,1	4,5	3,5	8,2	5,5	3,5	2,5	5,0	3,5
Europäische Industrieländer ¹⁾	1,8	1,5	1,9	1,2	1,0	0,7	0,9	1,8	2,9	4,5	5,3	4,6	3,5	4,8	4,1
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ¹⁾	2,0	1,9	2,3	0,7	0,8	0,8	1,7	2,5	3,5	4,4	4,1	4,5	3,8	4,3	4,7
USA	2,5	4,0	3,0	0,5	0,5	0,5	6,1	8,0	2,5	6,5	9,5	4,0	6,4	10,0	7,5
Kanada	2,4	3,5	3,0	-1,8	-0,5	0,5	6,4	13,0	7,5	4,5	9,5	8,5	5,1	11,5	7,0
Japan	2,8	2,0	2,5	2,3	1,5	1,5	8,7	0,5	3,5	2,2	10,0	5,5	10,3	5,0	4,5
Außereuropäische Industrieländer ¹⁾	2,6	3,2	2,8	0,9	0,7	0,8	7,5	4,3	3,2	4,8	9,7	5,1	7,3	8,8	6,6
Insgesamt ¹⁾	2,3	2,6	2,5	1,0	0,8	0,7	5,0	3,3	3,1	4,6	6,9	4,8	4,9	6,4	4,9
Insgesamt ohne Deutschland ¹⁾	2,4	2,8	2,6	0,8	0,7	0,8	5,8	3,8	3,3	4,6	6,4	4,8	5,3	6,3	5,3

¹⁾ Gewichte 1995 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1995 (Jahresdurchschnitt).

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

zogenes Sozialsystem sowie eine ausufernde öffentliche Verwaltung werden als Hemmnisse genannt. Folgt man dieser Argumentation, müßte sich beispielsweise zeigen lassen, daß der wachstums- und beschäftigungspolitische Erfolg in den USA vor allem die Folge verbesserter Angebotsbedingungen ist. Tatsächlich wurden jedoch in den USA seit Anfang der neunziger Jahre kaum gesetzliche oder institutionelle Maßnahmen wirksam. Allenfalls die staatlichen Ausgabenkürzungen, vor allem im Verteidigungs-

bereich und bei den in den USA vergleichsweise hohen Gesundheitskosten, könnten als angebotsseitige Maßnahmen gewertet werden. Die Steuerreform in den achtziger Jahren als Argument in diesem Kontext zu verwenden, ist nicht überzeugend, da in deren Gefolge die Investitionsquote nahezu unverändert blieb.

In vielen Ländern Westeuropas kam es in den neunziger Jahren im Bereich der Unternehmenssteuern vielfach zu spürbaren Steuersenkungen oder es wurden, wie in

Schaubild 3

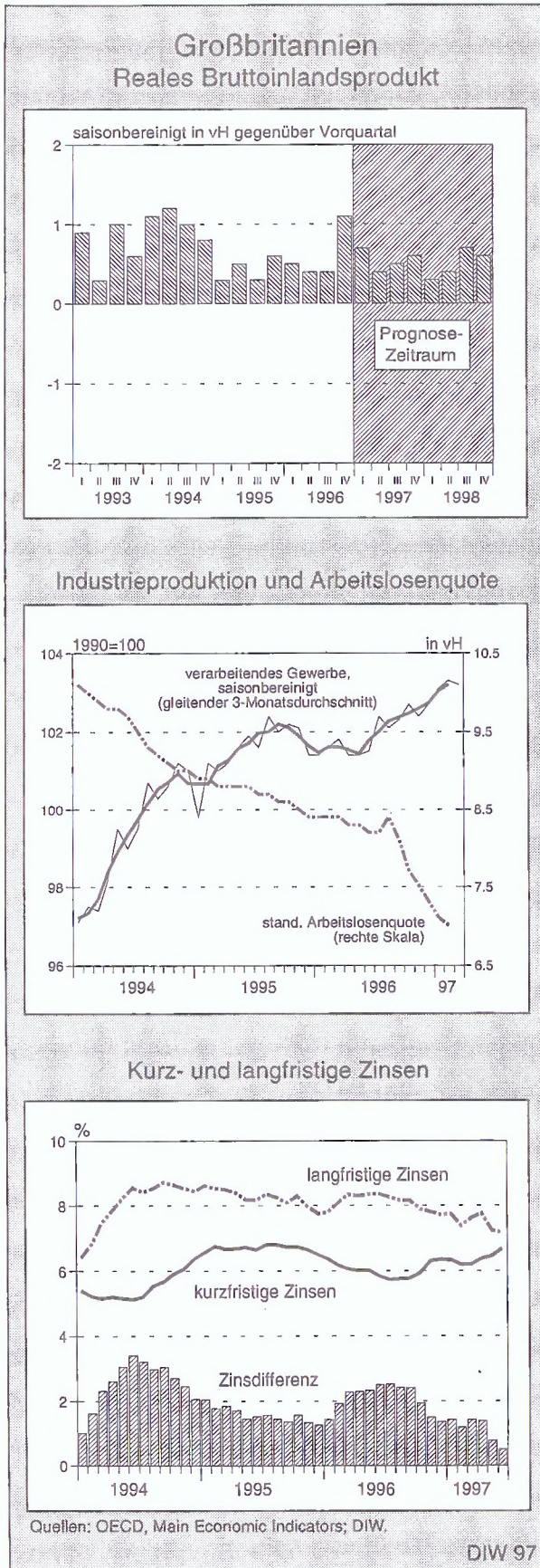


Schaubild 4

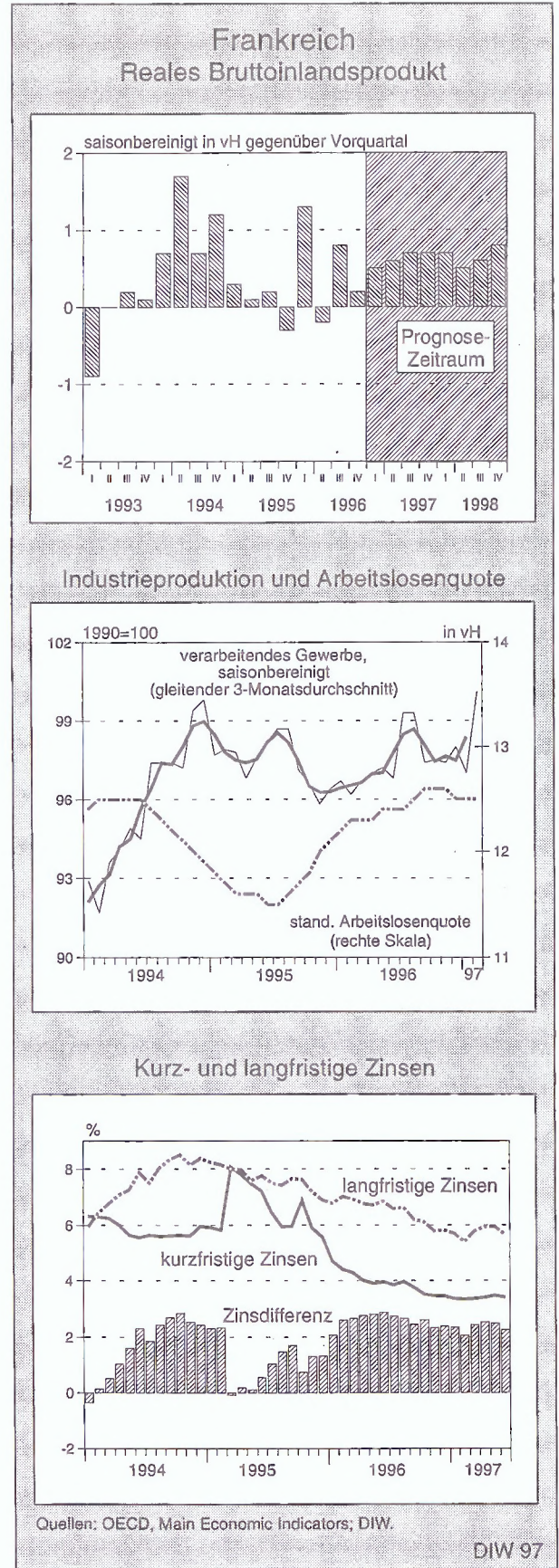
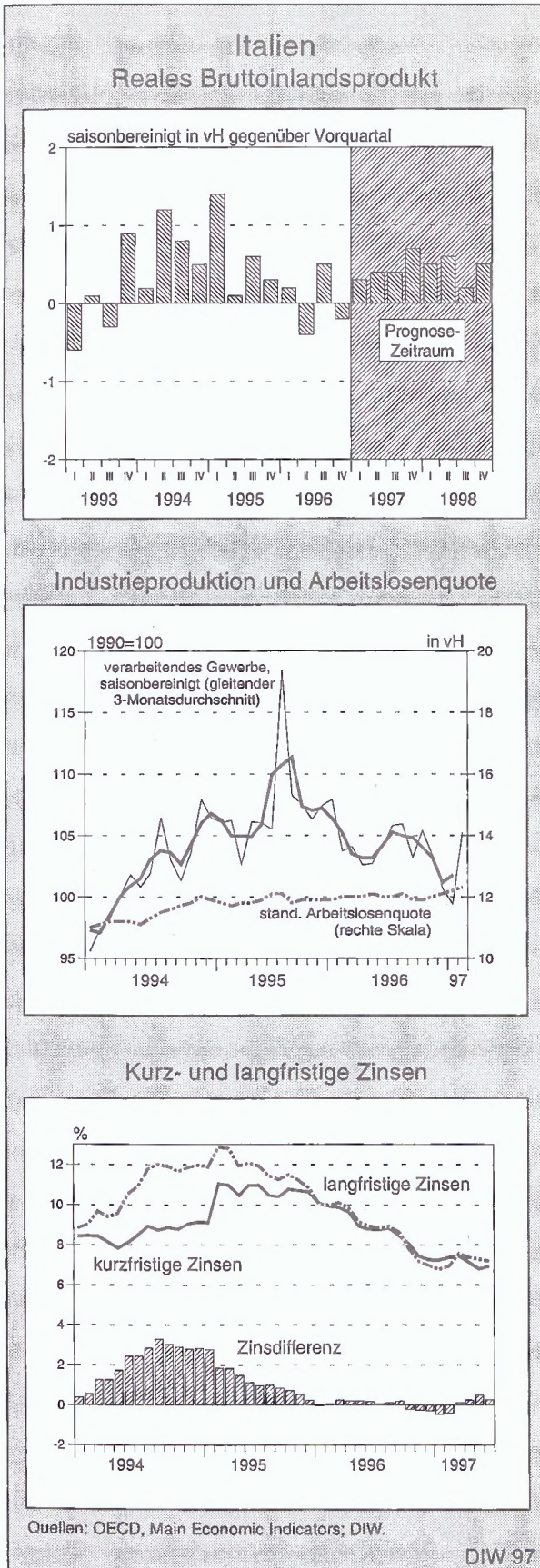


Schaubild 5



Schweden, den Niederlanden und in den meisten anderen Ländern — wenngleich mit unterschiedlicher Intensität — Sozialleistungen reduziert bzw. Anspruchsvoraussetzungen zum Bezug von Sozialleistungen eingeschränkt. Ein eindeutiger Bezug dieser Maßnahmen zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist aber kaum zu erkennen.

Besonders deutlich ist die Arbeitslosenrate in den letzten Jahren gerade in Dänemark zurückgegangen, wo es kaum derartige Maßnahmen gab. Die relativ günstige Position Dänemarks resultiert dabei vor allem aus einer exorbitanten Expansion des privaten Verbrauchs im Jahre 1994 (real 6,6 vH), die offenbar im Zusammenhang steht mit einer erheblichen Ausweitung der Ausgaben im Sozialbereich. Zudem gelang es im Jahre 1994, die kurzfristigen Zinsen besonders stark zu senken. Erst daraufhin belebte sich die Investitionstätigkeit. Hinzu kamen die auf Umverteilung von Arbeit gerichteten Maßnahmen, die die Arbeitslosenzahl weiter reduzierten.

Im Zusammenhang mit angeblich erfolgreichen angebotspolitischen Maßnahmen werden häufig die Niederlande genannt. Hier ist die individuelle soziale Absicherung besonders hoch, und der private Verbrauch expandierte in den letzten drei Jahren mit einer durchschnittlichen Rate von 2,4 vH (Deutschland: 1,4 vH). Eingehendere Untersuchungen² zeigen, daß die Niederlande in Wirklichkeit vor allem Vorteile aus der realen Abwertung ihrer Währung gezogen haben. Wie in Dänemark wurden positive Arbeitsmarkteffekte durch Arbeitsumverteilungsmaßnahmen (Teilzeitarbeit, vorzeitige Verrentungen) verstärkt.

Auch Großbritannien verdankt seine relativen arbeitsmarktpolitischen Erfolge — sie sind in Folge mehrfacher Änderungen der Arbeitslosenstatistik allerdings überzeichnet — vor allem der kräftigen Abwertung im Jahre 1992. Hinzu kamen über einen längeren Zeitraum eine expansive Geldpolitik und eine stark stimulierende Finanzpolitik; das öffentliche Defizit belief sich 1993 auf fast 8 vH. Die Erfolge schlugen sich insbesondere in einer stabilen Verbrauchskonjunktur nieder (reale Veränderungsrate des privaten Verbrauchs im Jahresdurchschnitt 1994-1996: 2,5 vH). Die spürbare Aufwertung des Pfundes im letzten Jahr und Zinserhöhungen dürften dieser positiven Entwicklung ein Ende setzen.

In Schweden dominierten angebotspolitische Maßnahmen seit Anfang der neunziger Jahre die Wirtschaftspolitik. Die Unternehmenssteuern wurden kräftig gesenkt, und die individuellen Sozialleistungen wurden gekürzt. Daraufhin explodierten zunächst die staatlichen Defizite (12 vH im Jahre 1993). Die darauf folgende Konsolidierungspolitik verhinderte, daß selbst große außenwirtschaftliche

² Die Niederlande: Beschäftigungspolitisches Vorbild? Bearb.: Reinhard Pohl und Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 16/97.

Tabelle 3

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾					
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit											
	in Landeswährung												in SZR		
	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	
Deutschland	3,6	7,0	8,0	1,1	0,5	1,0	2,2	5,5	6,0	−0,3	−1,0	−1,0	−0,8	−7,5	
Frankreich	1,0	6,5	8,5	3,0	3,0	3,0	−0,4	4,5	5,5	1,5	1,0	0,5	3,5	−4,8	
Großbritannien	8,3	11,0	7,0	4,5	3,5	4,0	6,0	8,0	5,0	2,3	1,0	2,0	5,7	9,5	
Italien	5,9	5,0	7,0	5,6	4,0	3,5	5,1	4,0	4,5	4,9	3,0	1,5	15,7	−1,1	
Spanien	5,6	9,0	9,0	5,5	4,5	4,5	3,4	6,0	6,0	3,3	1,5	1,5	6,3	−5,9	
Niederlande	4,2	8,5	8,5	3,5	3,5	4,0	1,4	5,5	5,5	0,7	0,5	1,0	0,2	−6,5	
Belgien	3,7	6,5	6,5	3,5	3,5	3,5	2,2	4,0	4,0	2,0	1,0	1,0	1,5	−5,9	
Schweden	−3,2	8,0	10,0	4,0	4,0	4,0	−4,3	6,0	7,5	2,9	2,0	1,5	14,4	−5,9	
Österreich	6,6	9,0	9,0	2,5	2,5	2,5	5,5	7,0	6,0	1,5	0,5	0,0	1,0	−6,2	
Dänemark	5,2	9,5	10,5	4,3	4,5	4,5	2,7	6,0	7,5	1,8	1,5	1,5	2,8	−4,3	
Finnland	3,5	6,0	7,0	4,6	3,0	3,5	0,2	2,5	4,0	1,3	−0,5	0,5	0,6	−5,1	
Portugal	8,0	7,5	8,0	5,5	5,0	4,5	5,4	4,5	5,0	2,9	2,0	1,5	5,3	−2,8	
Griechenland	12,9	10,5	11,0	7,5	7,0	6,0	10,0	7,5	8,0	4,8	4,0	3,0	5,4	−1,2	
Irland	9,8	11,5	9,5	6,0	5,5	6,0	3,1	4,0	3,0	−0,5	−1,5	−0,5	3,7	1,5	
EU ³⁾	4,7	7,5	8,0	3,2	2,7	2,9	2,5	5,4	5,4	1,6	0,7	0,6	4,0	−3,6	
EU ohne Deutschland ³⁾	5,0	7,7	8,0	4,2	3,6	3,7	2,6	5,3	5,2	2,3	1,2	1,1	5,7	−2,2	
Schweiz	3,5	4,0	4,5	1,0	1,0	1,5	4,2	3,0	3,0	1,7	0,0	0,0	1,7	−11,1	
Norwegen	17,2	7,5	7,5	5,0	4,5	4,5	11,8	4,0	4,0	0,2	1,0	1,5	2,8	3,6	
Europäische Industrieländer ³⁾	4,8	7,4	7,9	3,2	2,6	2,8	2,7	5,2	5,3	1,6	0,7	0,6	3,9	−3,7	
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ³⁾	5,2	7,5	7,9	4,0	3,5	3,6	2,9	5,2	5,1	2,2	1,2	1,1	5,4	−2,5	
USA	7,6	4,0	4,0	5,3	6,0	5,0	5,1	0,5	2,0	2,8	2,5	3,0	7,4	8,0	
Kanada	1,6	14,0	11,0	2,8	4,5	5,5	0,1	10,0	6,5	1,3	0,5	1,5	6,6	5,2	
Japan	10,6	2,5	5,5	2,0	2,5	3,0	6,8	0,5	3,0	−1,5	0,5	0,5	−11,1	−6,1	
Außereuropäische Industrieländer ³⁾	8,5	3,9	4,9	3,9	4,6	4,2	4,9	2,0	3,1	1,0	1,5	1,9	0,6	2,4	
Insgesamt ³⁾	6,8	5,5	6,2	3,6	3,8	3,7	3,5	4,1	4,5	1,4	0,9	1,0	2,7	−1,5	
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾	7,2	5,3	6,0	3,9	4,2	4,0	3,8	3,8	4,2	1,7	1,3	1,4	3,3	−0,4	

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ³⁾ Gewichte 1995 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1995 (Jahresdurchschnitt). Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung der SZR zugrunde liegen.

Quellen: OECD Economic Outlook; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

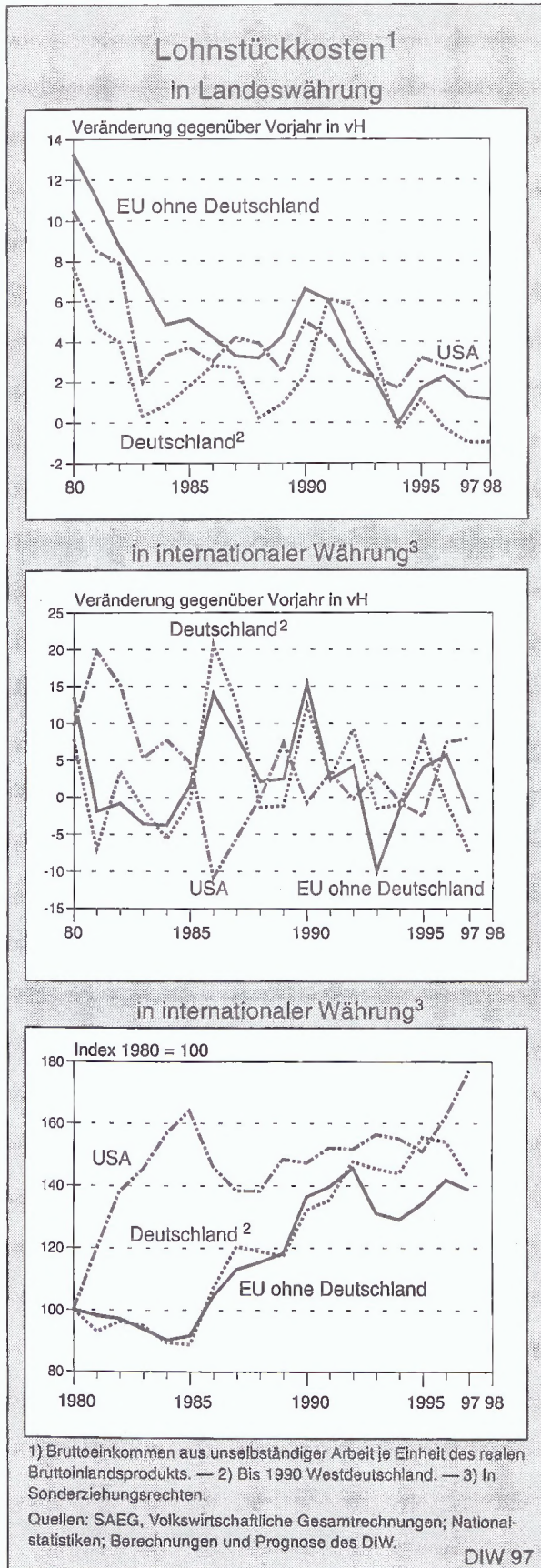
Impulse infolge einer realen Abwertung um fast 20 vH im Jahre 1993 in einen Wachstumsschub und damit in einen Abbau der Arbeitslosigkeit mündeten.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die arbeitsmarktpolitisch erfolgreichen Länder — selbst bei hohem Sozialleistungsniveau — entweder gar nicht angebotspolitisch agierten oder die Angebotspolitik nur dann erfolgreich war,

wenn sie im Zuge einer nominalen und/oder realen Währungsabwertung eine „beggar my neighbour-policy“ betrieb und/oder Impulse vom privaten Verbrauch kamen.

Dieser Weg steht aber nicht allen Volkswirtschaften zugleich offen. Wären die großen Länder diesem Beispiel gefolgt, hätten die kleinen diese Strategie nicht realisieren können. Bei einem Exportanteil der Drittländer von unter

Schaubild 6



10 vH könnten auch für die EU insgesamt von einer Abwertungsstrategie ohnehin nur geringfügige Impulse ausgehen.

Aus diesen Überlegungen läßt sich der Schluß ziehen, daß die Beschränkung der Wirtschaftspolitik auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen nicht das Erfolgsrezept für eine stärkere wirtschaftliche Dynamik sein kann. Der Blick auf die Entwicklung in den USA enthüllt denn auch etwas anderes, als vielfach gesehen wird. Die erhebliche Flexibilität des amerikanischen Arbeitsmarktes geht seit Beginn der neunziger Jahre mit einem von Europa völlig verschiedenen policy mix einher. Zwar wurden die Staatsausgaben real nahezu konstant gehalten; die Fiskalpolitik wurde nicht als aktives Instrument zur Bekämpfung der konjunkturellen Schwäche eingesetzt. Gleichzeitig nahm der Bund aber eine Ausweitung der mit der Rezession von 1991 verbundenen Defizite auf über 5½ vH vom Bruttoinlandsprodukt hin; ein Wert, der heute in Europa vielfach als eine fundamentale Stabilitätsschwäche interpretiert werden würde. Die automatischen Stabilisatoren wurden somit — anders als in Europa unter dem Druck des Vertrages von Maastricht — nicht in ihrer Wirksamkeit beschnitten. Entscheidend für den amerikanischen Erfolg war, daß die vorsichtige finanzpolitische Gegensteuerung von einer konsequent expansiven Geldpolitik flankiert wurde. Für etwa ein Jahr senkte die Zentralbank ihre Leitzinsen auf ein Niveau, das ungefähr der Inflationsrate entsprach. Dies ist rund ein Prozentpunkt niedriger als der derzeitige vergleichbare Wert in Europa. Es war dieser policy mix, der 1992 einen nachhaltigen Aufschwung initiierte. Erst mit dem Aufschwung setzte auch die Konsolidierung des Bundeshaushalts ein, so daß der Fehlbetrag zuletzt weniger als 1½ vH vom BIP ausmachte. Dies alles ist nur möglich gewesen, weil die nominalen Löhne lange Zeit nur sehr moderat stiegen. Gleichwohl sind die Lohnstückkosten in internationaler Währung in den USA in den letzten Jahren stärker gestiegen als in Deutschland und Europa (Schaubild 6). Die moderate Nominallohnentwicklung in den USA hat in der Tat verhindert, daß der Aufschwung bereits an seinem Beginn durch hohe Nominallohnsteigerungen belastet wurde. Am Beispiel der USA wird deutlich, daß hohe Beschäftigungszuwächse und niedrige Haushaltsdefizite möglich sind, wenn die Wirtschaftspolitik eine insgesamt auf kräftige Expansion gerichtete Mischung findet, bei der die Lohnentwicklung inflationäre Übersteigerungen verhindert. Die ausschließliche Förderung der Angebotsbedingungen greift zu kurz.

Bundesrepublik Deutschland: Anhaltende Schwäche der Binnennachfrage

Die verhaltene Aufwärtsbewegung der Konjunktur, die im Herbst des vergangenen Jahres begonnen hatte, hat sich im ersten Halbjahr fortgesetzt. Getragen wird das schwache Wachstum, insbesondere in Westdeutschland, allein von der Ausfuhr. Bereits seit Anfang 1996 ist eine deutliche Belebung der Nachfrage des Auslandes nach deutschen Produkten zu verzeichnen, die sich zuletzt noch beschleunigt hat. Der Funke einer boomenden Auslandsnachfrage ist bislang aber noch nicht auf das Inland übergesprungen. Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich in Folge des insgesamt sehr schwachen Wachstums weiter erheblich verschlechtert.

Auch in Ostdeutschland gibt es keine Anzeichen für eine Überwindung der Wachstumsschwäche. Erwartungsgemäß hat hier der Abschwung in der Bauwirtschaft eingesetzt, nachdem die Förderungsintensität vermindert wurde und Überkapazitäten im gewerblichen Bereich und im Wohnungsbau entstanden waren. Selbst wenn sich die im

Frühjahr zu beobachtende Belebung in der Industrie als stabil erweist und eine ähnlich hohe Zuwachsrates wie im Vorjahr (7 vH) erzielt werden kann, wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht stärker als im Westen sein. Da die Unternehmen in den neuen Bundesländern bestrebt sind, den im Durchschnitt noch immer großen Produktivitäts- und Rentabilitätsrückstand rasch aufzuholen, ist die Lage am Arbeitsmarkt dort noch ungünstiger als im Westen. Ohne durchgreifende Änderung wird die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im kommenden Jahr wohl fast 20 vH betragen.

Deutschland insgesamt kann trotz des Exportbooms und einer enormen Verbesserung der Handels- und Leistungsbilanz weder in diesem noch im nächsten Jahr seine Wachstums- und Investitionsschwäche überwinden. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird 1997 und 1998 um knapp 2 vH zunehmen (Schaubild 7). Mit einer Wachstumsrate von 1,9 vH im Jahre 1995 und 1,4 vH im vergange-

Tabelle 4

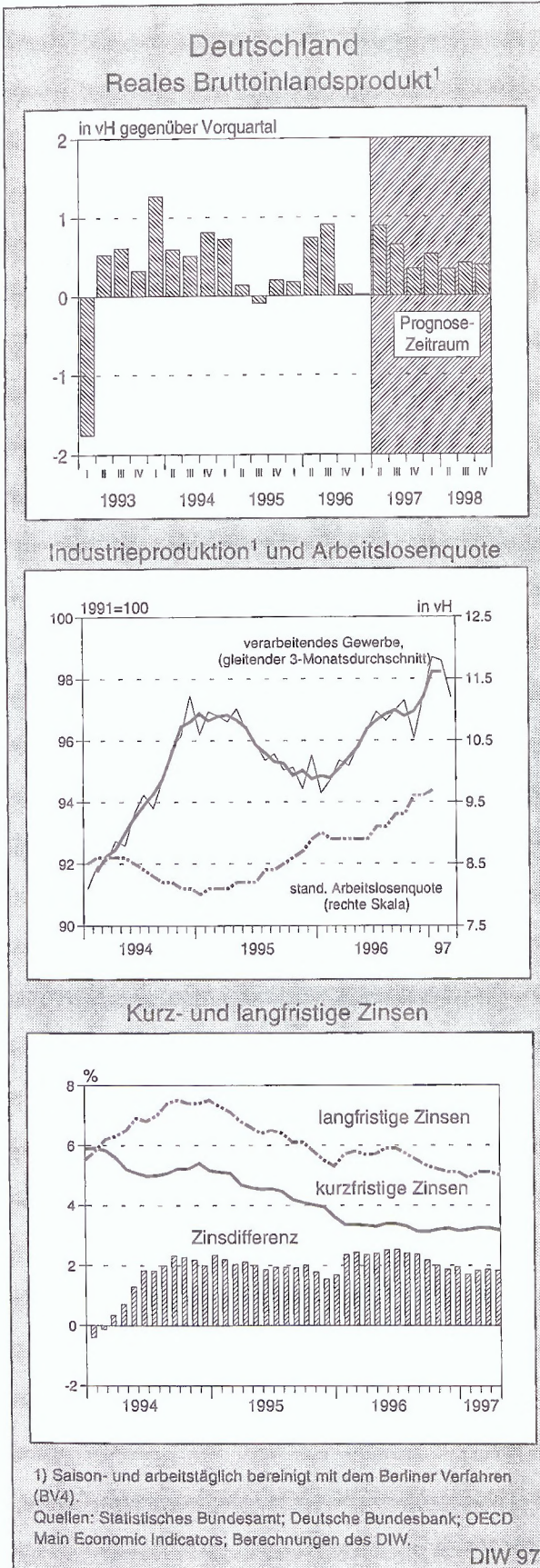
Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Bundesrepublik Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,4	2,0	2,0	1,3	2,0	2,0	2,0	1,5	1,5
Erwerbstätige ²⁾ (1000 Personen)	34 465	34 000	33 770	28 186	27 890	27 745	6 279	6 110	6 020
Arbeitslose (1000 Personen)	3 965	4 380	4 660	2 796	3 060	3 200	1 169	1 320	1 460
Arbeitslosenquote ³⁾ (in vH)	10,3	11,4	12,1	9,0	9,9	10,3	15,7	17,7	19,5
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,5	1,5	1,5	1,4	1,5	1,5	2,3	1,5	1 ³ / ₄
Finanzierungssaldo des Staates ⁵⁾ (Mrd. DM)	-134,0	-123,0	-113,0	—	—	—	—	—	—
Nachrichtlich: Defizitquote des Staates ⁶⁾ (in vH)	-3,8	-3,4	-3,0	—	—	—	—	—	—
Leistungsbilanzsaldo ⁷⁾ (Mrd. DM)	-20,9	16,5	49,0	—	—	—	—	—	—

¹⁾ In Preisen von 1991. — ²⁾ Im Inland. — ³⁾ Deutschland: Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose), West- und Ostdeutschland: Anteil an den Erwerbspersonen im Inland (Erwerbstätige und Arbeitslose). — ⁴⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — ⁵⁾ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — ⁶⁾ Finanzierungssaldo des Staates in vH des nominalen Bruttoinlandsproduktes. — ⁷⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW; 1997 und 1998 Prognose des DIW, Angaben gerundet.

Schaubild 7



nen Jahr ist damit die längste Phase einer Quasi-Stagnation nach dem Zweiten Weltkrieg zu verzeichnen; und dies vor dem Hintergrund der deutschen Vereinigung, die eine Beschleunigung des Wachstums verlangt hätte. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich in diesem Jahr auf fast 4,4 Millionen belaufen und 1998 auf mehr als 4,6 Millionen steigen; das sind 12 vH aller inländischen Erwerbspersonen.

Diese ernüchternde Bilanz ist unmittelbare Folge der Konzentration der deutschen Wirtschaftspolitik auf die Verbesserung der Standortbedingungen mit Hilfe einer forcierten Kostensenkungspolitik. Zu einer realen Abwertung der D-Mark ist es in der Tat gekommen: Der reale Außenwert hat im Frühjahr 1997 wieder den gleichen Wert wie nach den Unruhen im europäischen Währungssystem im Herbst 1992. Das ist teilweise bedingt durch die Normalisierung der Währungsrelationen im vergangenen Jahr, als der US-Dollar, die italienische Lira und das britische Pfund gegenüber der D-Mark in nominaler Rechnung wieder soviel an Wert gewonnen haben, wie sie im Jahr 1995 verloren hatten. Im übrigen aber ist die Verbesserung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit das Ergebnis einer Deflationspolitik: Über niedrige Lohnabschlüsse und eine drastische Dämpfung der Expansion der Staatsausgaben, mit der eine Senkung der Abgabenlast der Unternehmen ermöglicht werden soll, wird versucht, die Kosten in Deutschland unter die in anderen Ländern zu drücken. Die Lohnstückkosten — in Landeswährung gerechnet — sind in Westdeutschland in vier Jahren (einschließlich 1997) um etwa 1 vH gesunken, in der Europäischen Union sind sie im gleichen Zeitraum um 4½ vH gestiegen, in den USA ist gar eine Zuwachsrate von über 10 vH zu verzeichnen (Schaubild 6).

Die Deflationspolitik, die sich im Hinblick auf die Verbesserung der Wettbewerbsposition jetzt als äußerst erfolgreich erweist, bringt enorme Kosten im Inland und letztlich für die Gesamtwirtschaft große Nachteile mit sich. Der Exportboom vermag den Ausfall der privaten und der staatlichen Nachfrage nicht auszugleichen. Hätten die privaten Haushalte nicht ihre Spartätigkeit massiv eingeschränkt — die Sparquote ist von fast 13½ vH im Jahre 1991 auf 11½ vH in diesem Jahr zurückgegangen —, hätte die Kostensenkungspolitik schon längst den Offenbarungseid leisten müssen. Nun scheinen aber die Grenzen der Anpassungsfähigkeit erreicht zu sein. Der private Verbrauch dürfte weder in diesem noch im nächsten Jahr die Stabilisierungsaufgabe leisten können, auf die eine Strategie der forcierten Kostensenkung setzen muß, um überhaupt wirksam zu sein³.

Entsparen des Auslandes und sinkendes Kapitalangebot der privaten Haushalte

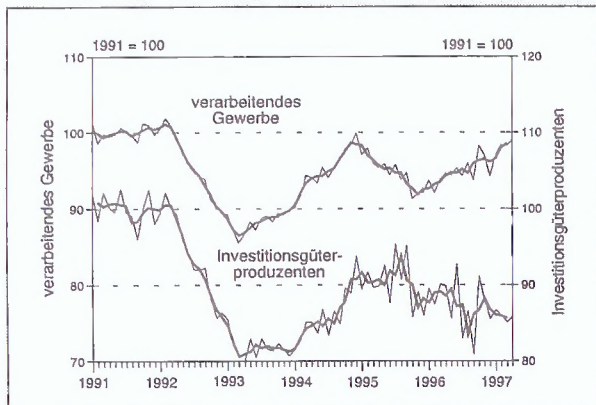
Die Auftragseingänge aus dem Ausland bei der deutschen Industrie lagen im Frühjahr (März/April) um 11½ vH

³ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearb. Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW Nr. 2/95, S. 23-29.

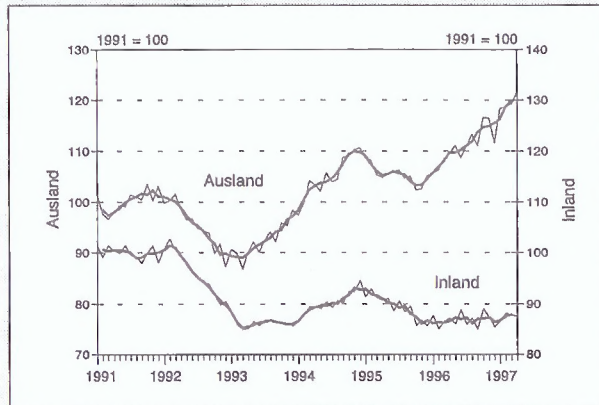
Schaubild 8

Zur konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland¹

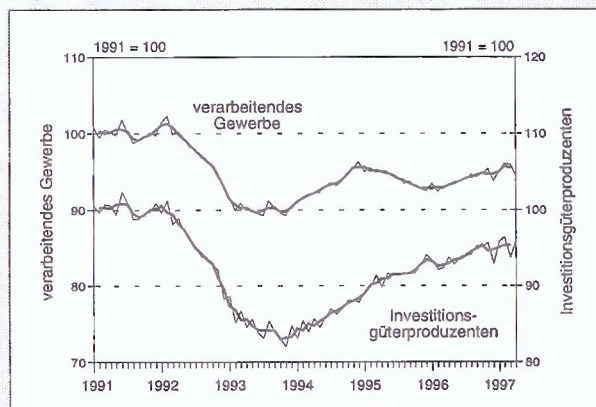
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe
und bei Investitionsgüterproduzenten (Volumenindex)



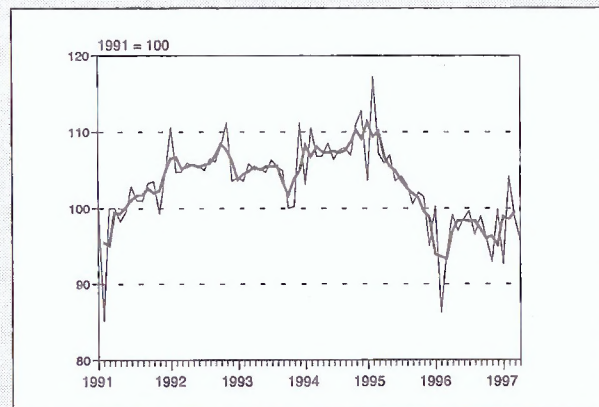
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe
aus dem Inland und Ausland (Volumenindex)



Produktionsindex für das verarbeitende
Gewerbe und die Investitionsgüterproduzenten



Produktionsindex für das
Bauhauptgewerbe



1) Nach dem Berliner Verfahren (BV4) saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte und gleitende Dreimonatsdurchschnitte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 97

über dem Vorjahreswert und um 4 vH über dem Wert im Winterhalbjahr (Schaubilder 8 und 9). Die rasch steigende Nachfrage auf dem Weltmarkt nach heimischen Produkten läßt sich lehrbuchhaft mit der realen Abwertung der D-Mark seit Anfang 1995 erklären. Gegenüber ihrem Höchststand im März 1995 hat die D-Mark in realer Rechnung — also unter Berücksichtigung der seitdem aufgelaufenen Preisdifferenzen zwischen den beteiligten Ländern — um 10 vH abgewertet. Obwohl es einige Indizien dafür gibt, daß der Weltmarkt — vor allem wegen der Schwäche in Asien — schon im vergangenen Jahr weit weniger stark expandierte als zuvor, verzeichnet die deutsche Industrie seit Anfang des vergangenen Jahres eine kräftig zunehmende Order-tätigkeit aus dem Ausland. Im Durchschnitt dieses Jahres wird die Ausfuhr (in der Abgrenzung der volkswirtschaftli-

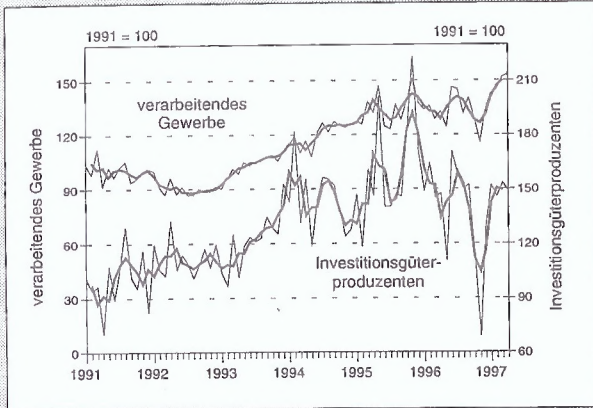
chen Gesamtrechnung) um fast 10 vH über dem Vorjahreswert liegen. Nach Berechnungen der OECD expandieren die wichtigsten Absatzmärkte 1997 um 7 vH. Die deutschen Exporteure werden also einen enormen Gewinn an Marktanteilen verbuchen können.

Auch im nächsten Jahr wird der Export die tragende Säule der deutschen Wirtschaft sein. Das Tempo der Ausweitung wird sich aber verlangsamen, da die Effekte der nominalen Abwertung der D-Mark auslaufen werden. Gleichwohl verbessert sich die deutsche Kostensituation im internationalen Vergleich noch weiter, da erneut die Lohnstückkosten sinken dürften, während sie bei den Handelspartnern in Europa wohl weiter schwach und in den USA sogar wieder kräftig steigen werden. Da die Importe

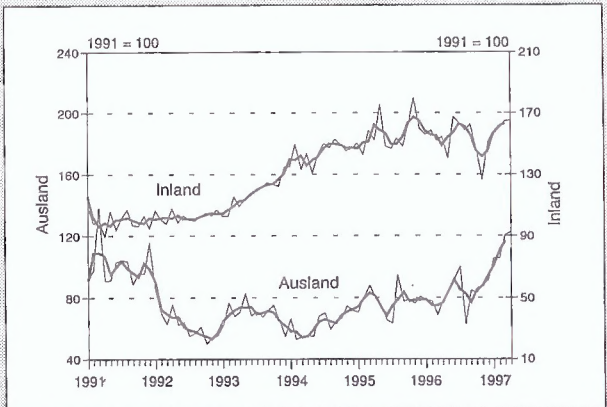
Schaubild 9

Zur konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland¹

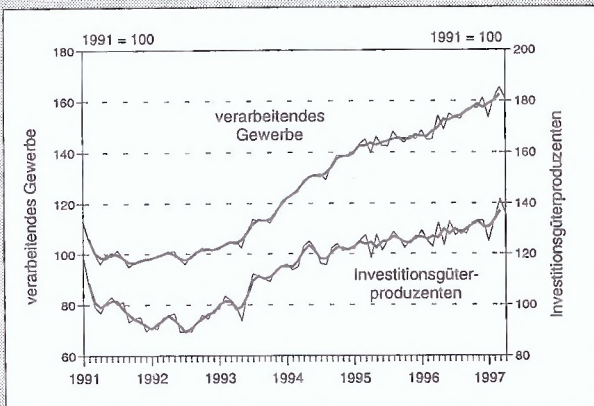
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe
und bei Investitionsgüterproduzenten (Volumenindex)



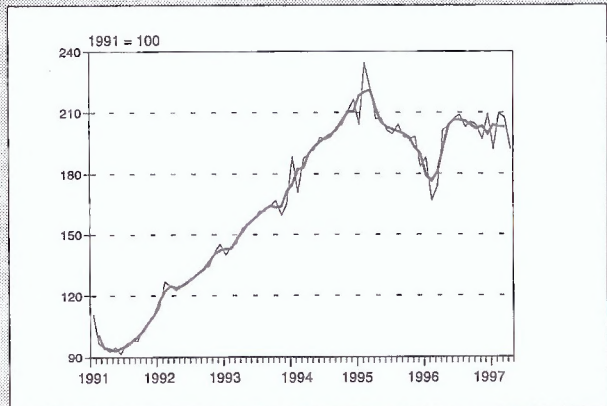
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe¹
aus dem Inland und Ausland (Volumenindex)



Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe
und die Investitionsgüterproduzenten



Produktionsindex für das
Bauhauptgewerbe



1) Nach dem Berliner Verfahren (BV4) saison- und arbeitsmäßig bereinigte Werte und gleitende Dreimonatsdurchschnitte.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 97

weit weniger stark zulegen, wird der Handelsbilanzüberschuß 1998 mit nominal 170 Mrd. DM eine — betrachtet man die Zeit nach der deutschen Vereinigung — neue Rekordmarke erreichen. Die Leistungsbilanz wird sich aktivieren und 1998 bereits wieder einen Überschuß (fast 50 Mrd. DM) erreichen.

Diese Entwicklung des deutschen Außenhandels beweist ohne Zweifel, daß es ein fundamentales Problem der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht gibt. Eine etwas stärkere Zunahme der Lohnstückkosten in den Jahren 1992 und 1993 als Folge des Vereinigungsbooms sowie die Aufwertung der D-Mark haben vorübergehend die deutsche Position etwas geschwächt, schwach ist sie deswegen nie gewesen. Die westdeutsche Wirt-

schaft dürfte weltweit die Wirtschaft mit dem höchsten Ausführüberschuß im Verhältnis zu ihrer Größe sein⁴.

Daß eine Wirtschaft, wie die westdeutsche, mit enormen Überschüssen in der Leistungsbilanz per saldo Kapital exportieren muß, ist eine Trivialität. Für den Ausgleich der negativen „Leistungsbilanz“ in Ostdeutschland sorgten zu einem erheblichen Teil der Staat mit seinen Transfers von West nach Ost und — allerdings in nur geringem Maße — ausländische oder westdeutsche Unternehmen durch

⁴ Dafür gibt es allerdings keine verlässlichen statistischen Daten mehr. Da in Ostdeutschland aber ohne Zweifel ein großes Handelsbilanzdefizit vorhanden ist, ist diese Schlußfolgerung kaum in Frage zu stellen.

Kapitalexport. Die Unternehmen in Westdeutschland müssen also in Höhe ihrer Überschüsse gegenüber dem Rest der Welt, es gibt allerdings keine statistischen Angaben mehr dafür, Kapital ins Ausland exportieren. Das geschieht aus Gründen der Diversifizierung natürlich zu einem Teil in Form von Direktinvestitionen. Je größer der Überschuß in der Leistungsbilanz also wird, um so größer dürfte auch der negative Saldo bei den Direktinvestitionen werden.

Die Entwicklung des privaten Verbrauchs wird in diesem und im nächsten Jahr die wirtschaftliche Erholung entscheidend belasten. Die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit werden kaum noch expandieren; netto, also nach Abzug der staatlichen Abgaben, ist für 1997 bereits in nominaler Rechnung mit einem Rückgang von 1½ vH zu rechnen. Da die Übertragungen des Staates an die privaten Haushalte, insbesondere die Rentenzahlungen, 1997 per saldo noch um 2 vH zunehmen, werden die Masseneinkommen in nominaler Rechnung stagnieren. Real werden sie bei Preissteigerungen von etwa 1½ vH folglich deutlich sinken. Das ist das seit 1945 schlechteste Ergebnis in einem Jahr, das nicht ein ausgesprochenes Rezessionsjahr ist. Wie der Einbruch beim Einzelhandel und den Pkw-Neuzulassungen im ersten Halbjahr zeigt, reagieren die Verbraucher auf diese Einkommenseinbußen nicht mehr vor allem mit einem ausgeprägten Rückgang der Sparquote. Kräftig steigen werden 1997 allerdings mit fast 6 vH wiederum die entnommenen Gewinne der Unternehmen, da auch die Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen um 7 vH zulegen. Das verfügbare Einkommen aller Haushalte wird deshalb etwas mehr steigen als die Inflationsrate.

Nur wenn, wie hier unterstellt, die Sparquote der privaten Haushalte 1997 insgesamt erneut sinkt, wird vom privaten Verbrauch mit einer (realen) Zunahme von nur gut ½ vH ein stark dämpfender Einfluß auf die Konjunktur ausgehen. Im nächsten Jahr wird sich dieses Bild nicht entscheidend ändern. Angesichts per saldo nahezu unveränderter Belastungen durch den Staat dürfte sich die Zunahme der verfügbaren Einkommen aber leicht beschleunigen, da sich der Abbau der Beschäftigung spürbar verlangsamen wird. Der private Verbrauch könnte 1998 wieder auf den Expansionspfad von etwa 1 bis 1½ vH zurückkehren, der schon die letzten Jahre gekennzeichnet hatte.

Insgesamt gesehen zeigt diese Entwicklung, daß die Spar- und Kostensenkungspolitik keines der Ziele erreichen kann, die sie anstrebt. Gesamtwirtschaftlich wird weder mehr gespart noch mehr investiert. Das Gegenteil ist der Fall. Weil die auf allen Ebenen stattfindende Kostensenkung immer nur zum Ergebnis hat, daß die Einnahmen der jeweils anderen sinken und diese darauf wieder mit Kostensenkung antworten müssen, kann nur das Entsparen einer Gruppe den Teufelskreis der andauernden Kostensenkung durchbrechen. Die privaten Haushalte sind dazu offenbar nicht in der Lage oder in einem Umfang bereit, der ausreichen würde, um die Unternehmen zum Investieren zu bewegen. Lediglich das Ausland ist derzeit

noch willens, sich stärker zu verschulden. Das Entsparen des Auslandes ist wieder einmal, wie schon in den dreißiger und in den achtziger Jahren dieses Jahrhunderts, das Mittel, mit dessen Hilfe Deutschland den Ausweg aus der Misere sucht⁵.

Schon jetzt zeigt sich aber, daß diese Strategie am Ende scheitern muß. Sie scheitert im Innern, weil die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nur durch eine Austeritätspolitik zu haben ist, die die Binnennachfrage so erheblich schwächt, daß für die Investitionstätigkeit am Ende nichts gewonnen ist. Sie muß schließlich auch nach außen scheitern, weil die Handelspartner früher oder später nicht mehr bereit sein werden, den ihnen zugewiesenen Part des Schuldners zu spielen und ebenfalls — wie in den dreißiger und in den frühen neunziger Jahren — mit der Abwertung ihrer Währungen, Kostensenkungen oder gar mit Protektionismus reagieren müssen.

Ausgeprägte Investitionsschwäche

Nachdem es im Jahre 1994, dem ersten Jahr der konjunkturellen Erholung, zu einer dem üblichen zyklischen Muster entsprechenden Erholung der Investitionstätigkeit gekommen war, hat sich seitdem eine ausgeprägte Investitionsschwäche in Deutschland herausgebildet. Noch niemals haben sich in einem konjunkturellen Aufschwung die Investitionen der Unternehmen in neue Ausrüstungen so wenig von der Talsohle gelöst wie diesmal (Schaubild 10). Vierzehn Quartale nach Beginn der konjunkturellen Erholung sind die Ausrüstungsinvestitionen gerade einmal um 7 vH gestiegen. Das ist besonders bemerkenswert, weil die Zunahme der Exporte im gleichen Zeitraum die zweitstärkste im Vergleich der vorangegangenen Zyklen ist. Nur im Gefolge der deutschen Einigung stiegen die Ausfuhren Westdeutschlands stärker. Eindeutig ist der Zusammenhang zwischen der Investitionstätigkeit und dem privaten Verbrauch. Die Konsumschwäche ist — wie die Investitionsschwäche — diesmal besonders ausgeprägt. Insofern ist das zur Zeit verbreitete Rätseln über die Gründe des Investitionsattentismus lediglich Folge der unzureichenden Erklärungskraft der herrschenden Angebotstheorie, nicht aber Ergebnis eines generellen Mangels an Erklärungen.

Ein Ende des Investitionsattentismus ist nicht abzusehen. Die Auftragseingänge aus dem Inland bei den Herstellern von Investitionsgütern, der beste Indikator für die Investitionsneigung, sind bis zum Herbst des vergangenen Jahres ein Jahr lang rückläufig gewesen und seitdem so gut wie nicht gestiegen. Im ersten Quartal lagen diese Aufträge noch um 6½ vH unter dem Vorjahresniveau. Im Ver-

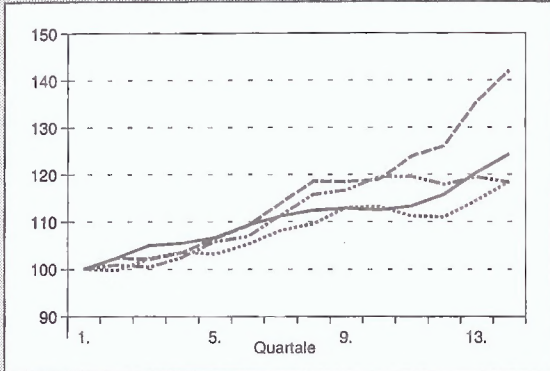
⁵ Konsequenterweise müßte die Angebotstheorie dies wegen der Beanspruchung zusätzlicher Mittel am Weltkapitalmarkt wie eine staatliche Schuldenaufnahme als zinserhöhend ansehen und eine Verdrängung privater inländischer Investitionen konstatieren.

Schaubild 10

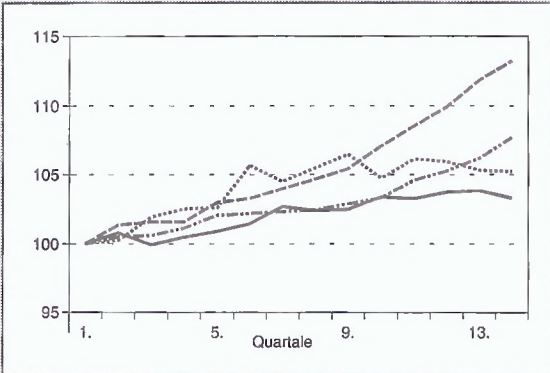
Nachfrage im Zyklenvergleich

1. Quartal des Aufschwungs = 100

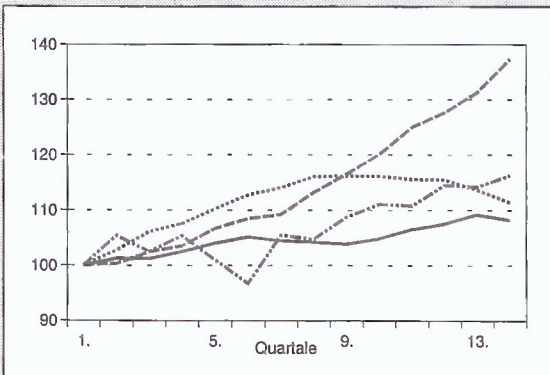
Export¹



Privater Verbrauch²



Ausrüstungsinvestitionen³



..... 1978 I = 100 - - - - - 1987 III = 100
 - · - · - 1983 I = 100 ——— 1993 IV = 100

1) Zu Preisen von 1991, arbeitstäglich und saisonbereinigt; Westdeutschland; ab 1993: Deutschland insgesamt. — 2) Zu Preisen von 1991, saisonbereinigt; Westdeutschland; ab 1993: Deutschland insgesamt. — 3) Zu Preisen von 1991, arbeitstäglich und saisonbereinigt; Westdeutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 97

lauf dieses Jahres ist allenfalls mit einer leichten Belebung zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt dürften die Ausrüstungsinvestitionen lediglich um 2½ vH zulegen. Auch im nächsten Jahr wird ein sich selbst tragender Aufschwung wohl kaum in Gang kommen.

Noch gravierender als bei den Ausrüstungen ist die Flaute im Bereich der Bauinvestitionen. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ist seit Anfang 1995 rückläufig. Dies betrifft inzwischen alle Bausparten sowie Ost- und Westdeutschland gleichermaßen, nachdem zunächst der Wohnungsbau in Ostdeutschland noch ein Gegengewicht gebildet hatte. Insbesondere der starke Rückgang der öffentlichen Bautätigkeit in den neuen Bundesländern ist ein Alarmsignal, da hier noch ein enormer Rückstand in der öffentlichen Infrastruktur besteht. Der Staat wird angesichts des gesellschaftlichen und selbstgesetzten Drucks, Steuern und Abgaben zu senken und gleichzeitig die Haushalte zu konsolidieren, auf Jahre hinaus selbst die unbestreitbar notwendigen Infrastrukturinvestitionen nicht in ausreichendem Maße angehen können. Doch auch im Wirtschaftsbau ist nicht mit einer raschen Umkehr zu rechnen. Die Unternehmen sind zurückhaltend, solange die Kapazitätsauslastung gering ist. Im Wohnungsbau gibt es in Ost- wie in Westdeutschland große Leerstände, die noch einige Zeit auf die Preise und damit die Rentabilität des Wohnungsbaus drücken, so daß eine Wende nicht in Sicht ist. Die Bauinvestitionen insgesamt werden nach einem weiteren Rückgang von 2 vH in diesem Jahr auch 1998 noch einmal leicht sinken.

Öffentliche Haushalte weiter auf Sparkurs

Während 1996 die überaus restriktive Ausgabenlinie der öffentlichen Haushalte durch steuerliche Entlastungen in ihrer Wirkung zum großen Teil kompensiert worden ist, schlägt in diesem Jahr der Sparkurs stärker zu Buche. Bei den Einnahmen ist mit einem Zuwachs um 3 vH, bei den Ausgaben um 2 vH zu rechnen. Im kommenden Jahr ist eine weitere Abschwächung auf 2 vH bei den Einnahmen und nur noch 1½ vH bei den Ausgaben wahrscheinlich.

Während Zins- und Transferausgaben wohl jeweils überproportional expandieren, nimmt der Staatsverbrauch geringer zu, und die öffentlichen Investitionsausgaben dürften neuerlich zurückgehen. Im Staatsverbrauch schlagen sich verschiedene Entwicklungen nieder: In diesem Jahr verzeichnen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung wie auch die der Pflegeversicherung einen relativ hohen Zuwachs (4 vH); im nächsten Jahr wirken sich indes die Kürzungen im Gesundheitswesen und die Verlagerung der Kosten auf den privaten Konsum (Zuzahlungen vom 1. 7. 1997 an) voll aus. Hingegen werden die Personalausgaben nahezu stagnieren, weil die Gehälter im öffentlichen Dienst nur wenig angehoben und weiter Stellen abgebaut werden. Wie stark sich die öffentliche Hand in den vergangenen Jahren um eine Verringerung der Haushaltsdefizite bemüht hat, läßt sich an Hand von zwei zentralen Stell-

Tabelle 5

Finanzielle Auswirkungen des Steuerreformgesetzes 1998 nach Regierungsbeschluß¹⁾
 Mill. DM

	1998	1999	2000	2001
A. Senkung des Steuersatzes	-12 872	-14 394	-16 205	-17 563
davon:				
Senkung des Höchstsatz für gewerbliche Einkünfte von 47 vH auf 40 vH, § 32 c EStG	-1 860	-2 560	-3 460	-4 020
Senkung der KSt-Sätze, § 23 Abs. 1,2 und § 27 Abs. 1 KStG für einbehaltene/ ausgeschüttete Gewinne von 45/30 vH auf 40/28 vH	-3 882	-4 104	-4 415	-4 573
Senkung des Solidaritätszuschlags von 7,5 auf 5,5 vH, § 4 SolZG	-7 130	-7 730	-8 330	-8 970
B. Maßnahmen zur Finanzierung	11 647	22 278	21 742	17 473
darunter:				
Streichung der Rückstellungen für drohende Verluste aus Dauerschuldverhältnissen, § 5 Abs. 4 a	1 553	4 659	4 659	3 883
Verbot der Bildung von Rückstellungen für Anschaffungs- oder Herstellungskosten, § 5 Abs. § 4 c EStG	1 986	3 310	3 972	662
Einführung eines Wertaufholungsgebotes für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.97 enden, § 6 Abs. 1 EStG	1 666	4 991	4 991	4 159
Realitätsnähere Bewertung von Rückstellungen, insbesondere in der Versicherungswirtschaft, § 6 Abs. 1 EStG und § 20 Abs. 2 KSt	2 417	2 417	556	606
Senkung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens um 3 vH-Punkte, § 7 EStG	2 236	4 742	6 420	7 212
Begrenzung des Verlustrück- bzw. vortrages, § 10 d EStG und § 10 a GewStG	1 282	1 652	1 314	1 121
C. Finanzielle Auswirkungen insgesamt	-1 225	7 884	5 537	-90
Direkte Steuern	-4 935	479	-1 783	-5 925
Einkommensteuer	255	1 815	1 505	685
Körperschaftsteuer	1 625	5 590	4 310	1 785
Kapitalertragsteuer	205	375	390	415
Solidaritätszuschlag	-7 020	-7 301	-7 988	-8 810
Senkung des Satzes	-7 130	-7 730	-8 330	-8 970
Indirekte Wirkung	110	429	342	160
Indirekte Steuern	3 710	7 405	7 320	5 835
Gewerbesteuer	3 880	7 575	7 490	6 005
Kfz-Steuer	-170	-170	-170	-170

¹⁾ Mindereinnahmen (—) bzw. Mehreinnahmen (+).
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des DIW.

größen der Finanzpolitik zeigen, nämlich der Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Dienst und der staatlichen Investitionstätigkeit. Seit 1992 hat sich die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um über 400 000 auf 5,3 Mill. verringert; in Westdeutschland betrug der Rückgang 150 000, in Ostdeutschland 250 000 Personen. Die öffentlichen Investitionen sind in Westdeutschland seit 1993, in Ostdeutschland — trotz des hohen Nachholbedarfs — seit 1995 rückläufig; insgesamt errechnet sich 1996 gegenüber 1994 ein Minus von 10 vH. Ähnlich hoch ist der Rückgang 1997/98 zu veranschlagen.

Aufgrund der hier erwarteten ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten dürften die Steuereinnahmen das Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

noch unterschreiten — in diesem Jahr um 5 Mrd. DM, im nächsten Jahr um 15 Mrd. DM. Allerdings sind in der hier vorgelegten Prognose für 1998 — anders als im Arbeitskreis — bereits die Mindereinnahmen aus der geplanten Reduzierung des Solidaritätszuschlags in Höhe von 7 Mrd. DM enthalten. Es wurde angenommen, daß das Jahressteuergesetz 1998 in Kraft tritt (Tabelle 5). Das Gesetz, das von der Bundesregierung am 20. Juni beschlossen wurde, sieht per saldo um 5 Mrd. DM höhere Belastungen im Unternehmensbereich vor, als ursprünglich noch Anfang 1997 vorgesehen waren. Dies konnte in der vorliegenden Prognose noch nicht berücksichtigt werden. Bei den Sozialbeiträgen ist kein weiterer Anstieg unterstellt.

In diesem Jahr werden die öffentlichen Haushalte — Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger — in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung voraussichtlich mit einem Defizit von 123 Mrd. DM abschließen; es liegt um 11 Mrd. DM unter dem des Vorjahrs. Für den Bund ist mit einem Fehlbetrag von 73 Mrd. DM zu rechnen, während die Haushalte der Sozialversicherungsträger ausgeglichen sein werden. Für die Länderhaushalte wird ein negativer Saldo von 45 Mrd. DM und für die Gemeinden ein Defizit von 5 Mrd. DM prognostiziert. Im nächsten Jahr dürfte der Fehlbetrag weiter zurückgehen und 113 Mrd. DM betragen. Für 1997 errechnet sich eine Defizitquote von 3,4 vH, für 1998 eine von 3,0 vH. Schuldenstand und -quote werden demnach weiter steigen. Am Jahresende 1997 werden die Schulden 2 256 Mrd. DM und Ende 1998 2 369 Mrd. DM betragen; dies entspricht einer Quote von 62,1 vH bzw. 63,4 vH. In dieser Rechnung nicht enthalten sind die fiskalischen Auswirkungen der höheren Bewertung der Gold- und Devisenreserven durch die Bundesbank oder anderer Maßnahmen „kreativer Buchführung“.

Woran krankt Deutschland?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt unaufhaltsam. Seit der Rezession im Jahre 1993 sind eine Million Arbeitsplätze verlorengegangen. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Das gilt trotz einer extrem unterschiedlichen Ausgangslage inzwischen für Westdeutschland in gleichem Maße wie für die neuen Bundesländer. Auch für die meisten Länder Europas ist die Lage nicht anders. Es scheint, als sei die Arbeitslosigkeit ein Schicksal, dem man kaum entgehen kann (Schaubild 11).

In der aktuellen Diskussion um die Lösung der wirtschaftlichen Probleme und den Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland fehlt es an Vorschlägen für eine Therapie freilich nicht. Die Diskussion leidet eher an einem Mangel an Diagnose denn an Therapievorschlägen. Inzwischen hat sich die Menge der vorliegenden „Lösungsansätze“ derart verselbstständigt, daß die am weitesten verbreitete Klage, die über einen Re„form- und Modernisierungstau“ ist. Es gebe ein Umsetzungs-, nicht aber ein Erkenntnisproblem, ist inzwischen eine weitverbreitete Überzeugung. Dahinter steht offenbar die Vermutung, daß sich die Beseitigung der Arbeitslosigkeit quasi von allein einstellt, wenn der Staat und die Tarifpartner nur rasch möglichst viele „Reformprojekte“ abarbeiten. Das sind erstaunliche Vorstellungen. Was würde man wohl von einem Arzt halten, der ohne gründliche Diagnose des Patienten und ohne ausreichendes Wissen um die Wirksamkeit, die Nebenwirkungen und das Zusammenwirken der Medikamente empfiehlt, dem Kranken nur möglichst viele Medikamente einzuflößen, denn dann müsse sich früher oder später ein Erfolg ja einstellen.

Daß es ein Erkenntnisproblem gibt, sollte die Diskussion um die vermeintliche Standortschwäche Deutschlands jedermann vor Augen geführt haben. Die deutschen

Kosten und insbesondere die Lohn- und Lohnnebenkosten seien zu hoch, wurde seit Anfang der neunziger Jahre behauptet. Westdeutschland aber war bis zum Ende der achtziger Jahre eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt, sowohl was die Exportposition auf den Weltmärkten, als auch was die Entwicklung der Arbeitslosigkeit anging. Die Ursache dieses Erfolges war in erster Linie eine im Vergleich zu den meisten Handelspartnern günstige Kostensituation, die lange Zeit nicht durch eine Aufwertung der D-Mark ausgeglichen worden war; es lag also eine Unterbewertung der D-Mark vor. Schon früher hatte immer dann, wenn eine solche Unterbewertung durch eine Aufwertung der D-Mark wieder ausgeglichen wurde oder die Wechselkurse „zeitweise überschossen“, in Deutschland eine Standortdiskussion begonnen, in der die Wettbewerbsposition Deutschlands jedes Mal fundamental in Frage gestellt und tiefgreifende Änderungen verlangt wurden⁶.

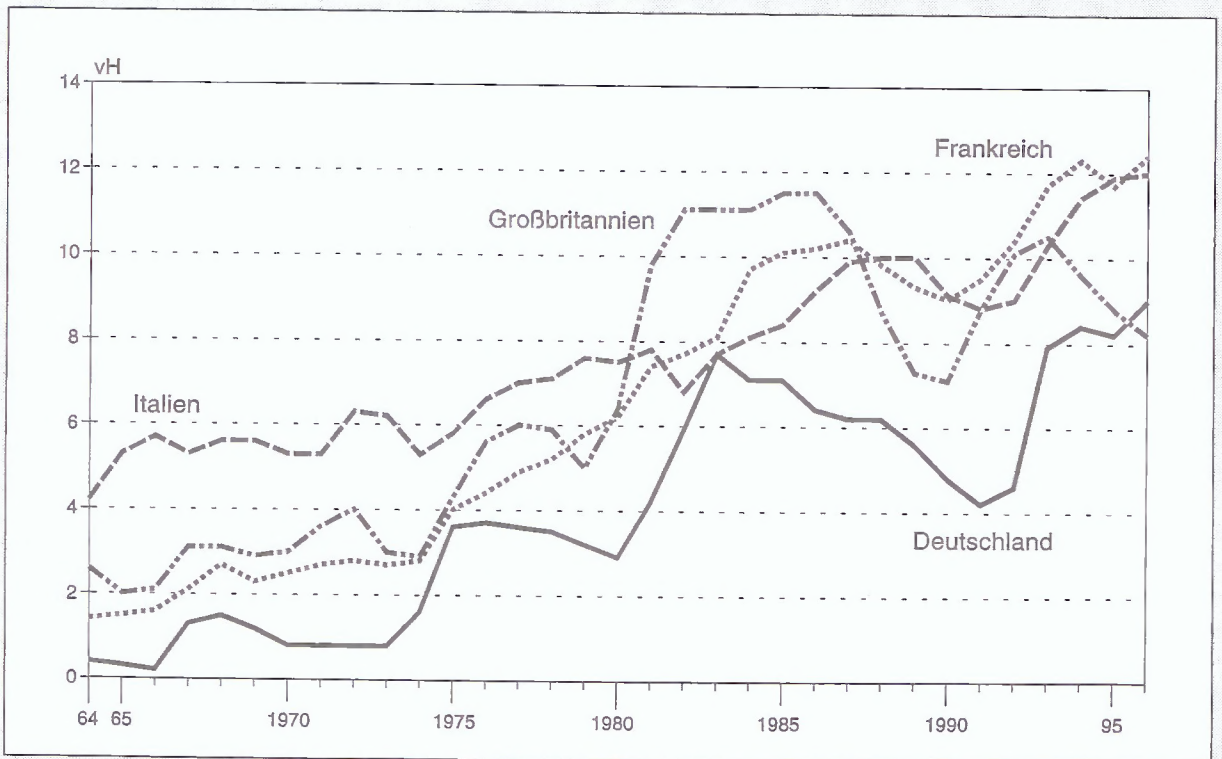
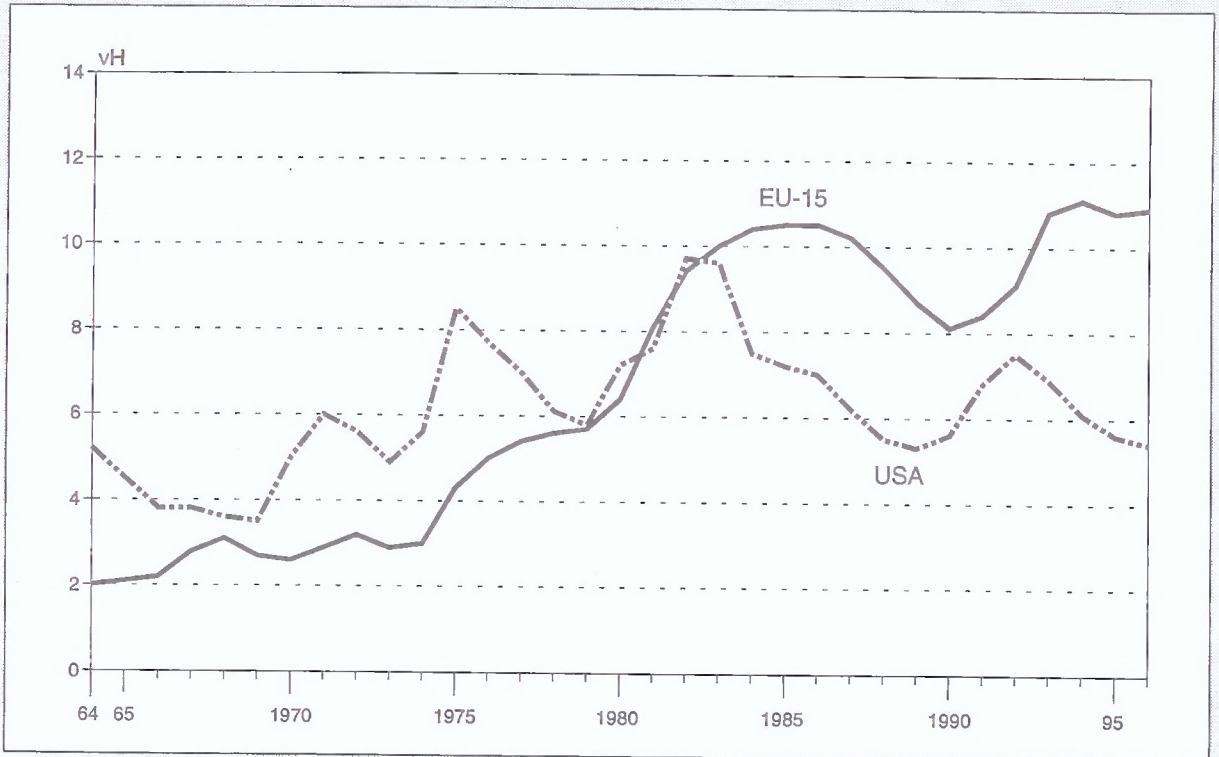
So auch in den neunziger Jahren: Die Aufwertung der D-Mark in den Jahren 1992 und 1995 hat erwartungsgemäß zu sinkenden Marktanteilen und einem Gewinneinbruch der Unternehmen geführt. Hätte man aber versucht, diesen Nachteil durch noch stärker sinkende Lohnstückkosten auszugleichen, wäre die Binnenkonjunktur noch härter getroffen worden. Glücklicherweise half die Normalisierung des Wechselkurses der D-Mark, also die Abwertung der letzten Monate; eine „harte Mark“ hätte katastrophale Folgen gehabt. Die jüngste Entwicklung im Außenhandel zeigt jedenfalls, daß es ein generelles Strukturproblem, wie es in der Öffentlichkeit diskutiert wird, nicht gibt. Damit verliert auch die Globalisierung ihren Schrecken. Wer in hohem Maße auf offenen Märkten erfolgreich ist, sobald eine Überbewertung seiner eigenen Währung zurückgeführt worden ist, muß die Globalisierung nicht fürchten.

Ähnliches wie für die Globalisierung und die Standortproblematik gilt für den in jüngster Zeit häufig bemühten „Modernisierungstau“ oder die „unzureichende Förderung des Strukturwandels“ in Deutschland. Niemand hat bisher zeigen können, wie eine Beschleunigung des Strukturwandels mehr Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen kann. Nicht ausreichend getrennt wird hierbei die Aufgabe, die Allokation der Ressourcen bei der Produktion schon vorhandener Güter zu verbessern, von der Aufgabe, die makroökonomischen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß zusätzliche Aktivitätsfelder und auf diese Weise neue Arbeitsplätze quasi aus dem Nichts entstehen können. Die Verbesserung der Allokation oder, was dasselbe ist, die Erhöhung der Effizienz bzw. die Ausnutzung aller Rationalisierungschancen ist eine Daueraufgabe für die Wirtschaftspolitik wie für die Unternehmen. Sie führt üblicherweise zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität, weil die gleiche Menge an Gütern wie vorher nun mit

⁶ Vgl. zu diesen Diskussionen Heiner Flassbeck: Das Leistungs-bilanzrätsel. In: Konjunkturpolitik 1982, S. 261-284. Ders.: Die Standortqualität der Bundesrepublik Deutschland. In: Konjunkturpolitik 1988, S. 255-267.

Schaubild 11

Arbeitslosenquoten in Europa und in den USA¹



1) Standardisierte Arbeitslosenquoten.
Quelle: OECD Main Economic Indicators.

weniger Arbeitskräften oder eine größere Menge mit der gleichen Zahl der Arbeitskräfte hergestellt werden kann. Das ist reales Wachstum ohne Beschäftigungswachstum. Gibt es keine Restriktionen für eine Zunahme des Realeinkommens, dürfte dieser Fall die Regel sein⁷.

Aus einer reinen Verbesserung der Allokation kann zusätzliche Beschäftigung nie entstehen. Hinzu kommt, daß man nicht zeigen kann, daß Marktwirtschaften nur befriedigend funktionieren können, wenn sie ein bestimmtes Tempo des Strukturwandels einhalten. Im Gegenteil, die Gesellschaft ist prinzipiell frei, das Tempo zu wählen, das sie für angemessen hält. Alles andere wäre eine schwer zu rechtfertigende Einschränkung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten. Verlangt ist in einer Marktwirtschaft allerdings Konsistenz der Ziele. Dazu gehört auch die Bereitschaft, sich der Nebenbedingung der Erhaltung von internationaler Wettbewerbsfähigkeit auszusetzen, wenn die Einkommensvorteile des Freihandels genutzt werden sollen. Konsistenz der wirtschaftlichen Ziele verlangt insbesondere die Anpassung der Einkommensansprüche an das Verteilbare. Die Reallöhne dürfen nicht stärker steigen als die Arbeitsproduktivität. Ist das gewährleistet, ist jedes Tempo der Zunahme der Produktivität zulässig. Ist es nicht gewährleistet, gibt es — wiederum bei jedem Tempo der Zunahme der Produktivität — Konflikte, die sich in der Regel in Inflation entladen. Gemessen daran war Westdeutschland in der gesamten Nachkriegszeit eine der konfliktärmsten Gesellschaften der westlichen Hemisphäre.

Mehr Beschäftigung entsteht also nicht dadurch, daß in einer Gesellschaft z.B. viele Dienstleistungen hergestellt werden, die Regulierungsdichte gering, die Forschungsintensität hoch sind oder mehr oder weniger Umweltschutz vom Staat verordnet wird. Beschäftigung entsteht nur, wenn — unabhängig vom spezifischen Güterbündel einer Gesellschaft und dem Tempo ihres Produktivitätsfortschritts — neue, zusätzliche Aktivitäten entfaltet werden. Beschäftigung wird abgebaut, wenn die Gesellschaft daran gehindert wird, die Früchte ihrer Anstrengungen (ihres Produktivitätsfortschritts also) in Form höherer Real-einkommen zu genießen. Beschäftigung entsteht, wenn mehr investiert wird. Die Phasen eines hohen Beschäftigungszuwachses decken sich in der Vergangenheit exakt mit den Phasen hoher Investitionstätigkeit und umgekehrt (Schaubild 12).

Der Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Investitionen ist einleuchtend, weil für die Unternehmen die Einstellung einer zusätzlichen Arbeitskraft ebenso eine Investition in einem weiteren Sinne ist wie der Kauf einer zusätzlichen Maschine; sie binden sich damit in der Erwartung, daß der Einsatz lohnt. Worum es geht, ist also allgemein günstige Investitionsbedingungen zu schaffen. Diese aber sind wiederum nicht abhängig von der Produktion bestimmter Güter oder der Regulierungsdichte, sondern nur von der Frage, ob die bei der gegebenen Regulierungsdichte und den sonstigen Rahmenbedingungen, zu denen selbstverständlich Löhne und Preise gehören, zu erwar-

tende Rendite des eingesetzten Kapitals auch unter Berücksichtigung des einzugehenden Risikos höher ist als die Zinsen, die für das Kapital zu zahlen sind. Es ist mehr als erstaunlich, daß in Deutschland über die Bestimmungsgründe der Rendite in allen Einzelheiten diskutiert wird, über die der Zinsen aber fast gar nicht.

Ist die Arbeitslosigkeit überwiegend strukturell?

Gegen eine Politik, die beim Zins oder bei der Nachfrage ansetzt, wird in Deutschland in der Regel eingewandt, die Arbeitslosigkeit sei zum weitaus größten Teil strukturell und daher mit diesen Instrumenten nicht zu beeinflussen. Insbesondere die Deutsche Bundesbank kultiviert dieses Argument⁸. Offen bleibt dabei zumeist, was mit strukturell in diesem Zusammenhang gemeint ist. Klar ist nur, daß strukturell ein Gegensatz zu konjunkturell sein soll.

Wie fragwürdig diese Sichtweise ist, wird schon verständlich, wenn man die jüngste Phase des Entstehens von Arbeitslosigkeit in Westdeutschland eingehender analysiert. Der letzte Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit wurde in Westdeutschland im Jahre 1991 mit einer Rate von 5½ vH erreicht. Seitdem ist die Arbeitslosigkeit fast kontinuierlich auf eine Quote von zuletzt 9½ vH (oder von 1,6 Millionen auf 3 Millionen) gestiegen. In ihrem Tiefpunkt hatte die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland unter der in den Vereinigten Staaten gelegen. Dort ist seitdem die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich gesunken. Was also sind die strukturellen Gründe für den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland seit 1991, und was unterscheidet Westdeutschland von den USA in dieser Hinsicht?

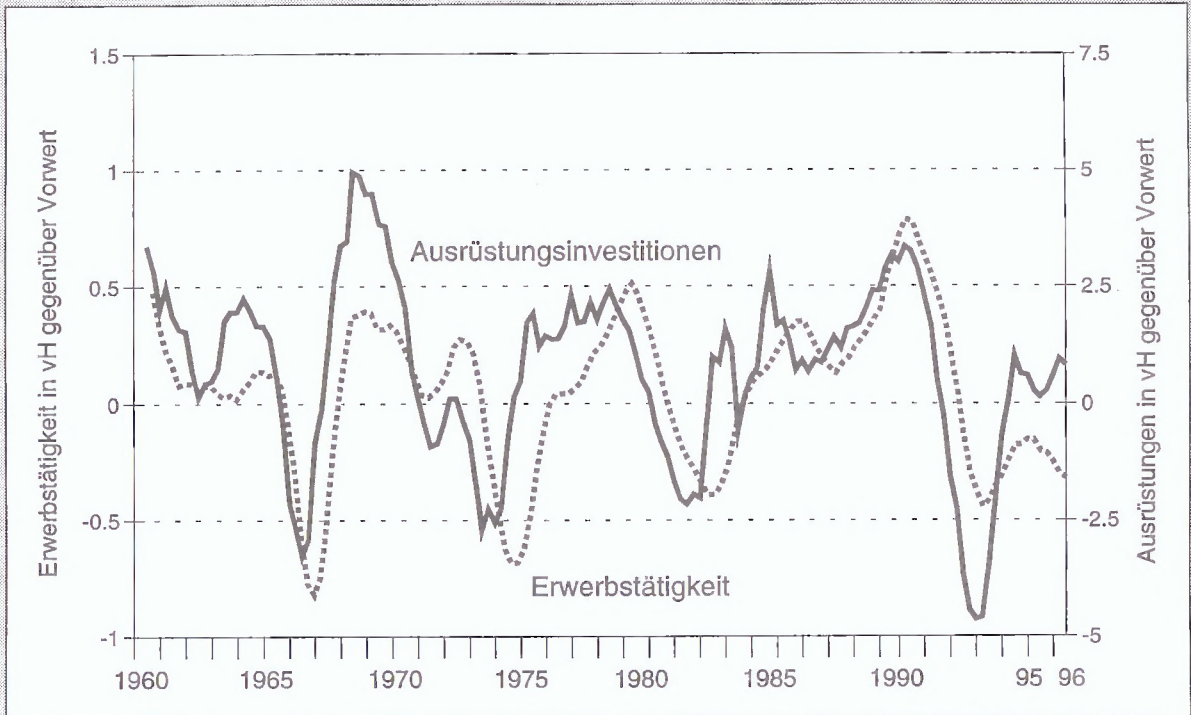
Der rasche Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1992 und 1993 in Westdeutschland war eindeutig rezessionsbedingt, also konjunkturell; das Bruttoinlandsprodukt sank immerhin im Jahre 1993 um fast 2 vH. 1994 kam es zu einer Zwischenphase mit einem etwas kräftigeren Wachstum, in der auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit unterbrochen wurde. Seit dem Frühjahr 1995, also exakt mit dem Einsetzen der erneuten konjunkturellen Abschwächung, steigt auch die Zahl der Arbeitslosen wieder. Schon diese enge zeitliche Koinzidenz legt die Vermutung nahe, daß es sich zumindest bei diesem Teil der Arbeitslosigkeit um ein

⁷ Gibt es eine solche Restriktion, wie etwa die Sättigung aller Bedürfnisse, muß man, wie schon die klassischen Ökonomen wußten, die Arbeitszeit verkürzen, weil das letzte ungesättigte Bedürfnis dann dasjenige nach mehr Freizeit ist. Vgl. J. S. Mill: *Principles of Political Economy* (First Edition 1848), Reprint 1976 (Augustus M. Kelley), Fairfield, New Jersey, S. 560.

⁸ Vgl. etwa Protokoll der Pressekonferenz am 17. April 1997, S. 5, wo es heißt, ... „im Verlauf des letzten Jahres (haben) (sich) die hartnäckigen Beschäftigungsprobleme weiter verschärft. Die Gründe dafür sind vielfältig. Strukturelle Probleme und mangelnde Flexibilität am Arbeitsmarkt spielen dabei ebenso eine Rolle wie der international verstärkte Wettbewerbsdruck ... Vorrangig sind daher nach unserer Meinung, die strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit anzugehen.“

Schaubild 12

Erwerbstätigkeit und Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland¹



1) Saisonbereinigt, in vH gegenüber Vorwert, gleitender 5-Quartalsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 97

rein konjunkturelles Phänomen handelt. Analog in den USA: Dort steht der Erfolg am Arbeitsmarkt in einem ebenso engen Zusammenhang mit der anhaltenden konjunkturellen Belebung. Nach einer tiefen Rezession im Jahre 1991 war die Arbeitslosenquote von 5½ vH (1990) auf 7½ vH im Jahre 1993 gestiegen. Sie sank dann rasch im Zuge der Belebung — die bisher höchste Wachstumsrate des BIP wurde 1994 mit 3½ vH erreicht — auf wiederum 5½ vH in den Jahren 1995 und 1996.

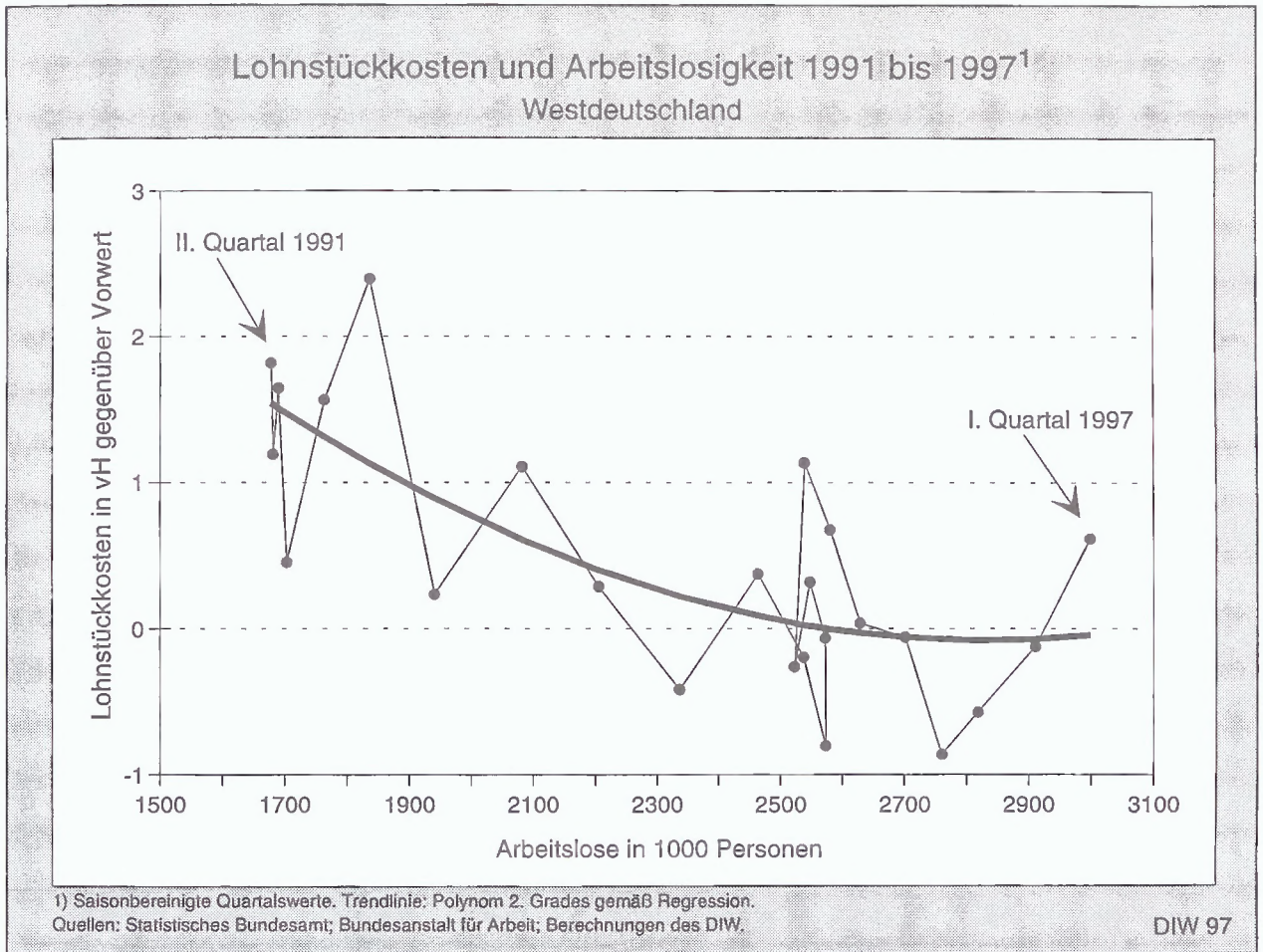
Die Lohnentwicklung entsprach in Deutschland exakt dem Muster, das aufgrund des Anstiegs der Arbeitslosigkeit zu erwarten war. Die Zuwächse der Stundenverdienste (Tarifindex der Bundesbank) sind seit 1991 durchweg rückläufig — ausgenommen 1995 — und haben mit 1½ vH in diesem Jahr ein vorläufiges Minimum erreicht. Für die Lohnstückkosten war mit einem Zuwachs von 5 vH im Jahre 1992 der höchste Wert zu verzeichnen. Danach stiegen sie weit schwächer und fielen 1996 sogar; sie werden auch 1997 zurückgehen. Damit ergibt sich der für konjunkturelle, also nachfrageseitig bedingte Schwächephasen typische negative Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnstückkosten bzw. den Preisen (Schaubild 13).

Dafür, daß die stark abnehmende Kostenbelastung der Unternehmen zu einer Umkehr am Arbeitsmarkt führt, gibt es bislang keine Anzeichen.

Das gilt auch, wenn man nicht nur die Lohnstückkosten betrachtet, sondern auch die Frage untersucht, ob die Unternehmen diese Kosten in den Preisen weitergeben konnten. Es zeigt sich, daß in dem betrachteten Zeitraum der Zuwachs der Reallöhne durchweg hinter dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität zurückgeblieben ist. Die Unternehmen waren folglich nicht gezwungen, die Kostenentlastung voll weiterzugeben, ihre Gewinnsituation verbesserte sich erheblich. Es ist also genau das Szenario eingetroffen, das von den Angebotstheoretikern⁹ als die entscheidende Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen angesehen wird. Geschehen ist aber nichts, der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Abbau der Beschäftigung haben sich sogar beschleunigt. Ganz anders in den USA. Dort sind die Reallöhne weit weniger hinter der Produktivitäts-

⁹ Vgl. beispielsweise Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1996/97, Ziffer 315.

Schaubild 13



entwicklung zurückgeblieben als in Deutschland, und die Beschäftigung nahm kräftig zu (Schaubild 14).

Dies alles zeigt, daß von überwiegend struktureller Arbeitslosigkeit zumindest in Westdeutschland nicht die Rede sein kann. Mindestens die Hälfte der hier registrierten Arbeitslosen ist demnach im Zuge einer langanhaltenden Belebung der Investitionstätigkeit wieder zu beschäftigen. Doch erneut, wie schon Anfang der achtziger Jahre, wird durch eine falsche Wirtschaftspolitik viel Zeit verloren. Kommt es nicht rasch zu einer Wende, werden auch die jetzt noch konjunkturbedingt Arbeitslosen so viel an Motivation und Qualifikation verlieren, daß sie weniger leicht zu vermitteln sind und die Arbeitslosigkeit sich verfestigt. So schafft die wirtschaftspolitische Umsetzung einer ungeeigneten Theorie am Ende den Zustand, den sie fälschlicherweise von Anfang an vorausgesetzt hat.

Was zu tun ist

In der öffentlichen Diskussion wird häufig der Eindruck vermittelt, es gebe für die traditionellen Instrumente zur

Ankurbelung einer Wirtschaft, also die nachfrageseitig ansetzenden Instrumente, keinen Handlungsspielraum mehr. Der Einsatz der Finanzpolitik wird ausgeschlossen, weil die öffentlichen Defizite und der Schuldenstand ohnehin sehr hoch und die öffentlichen Haushalte mit den Zinsbelastungen überfordert seien. Ein weiterer Einsatz der Geldpolitik wird abgelehnt, weil die kurzfristigen Zinsen historisch niedrig seien und selbst eine weitere Zinssenkung nicht ausreiche, die Investitionsneigung zu beleben, sondern allenfalls die Stabilität gefährde.

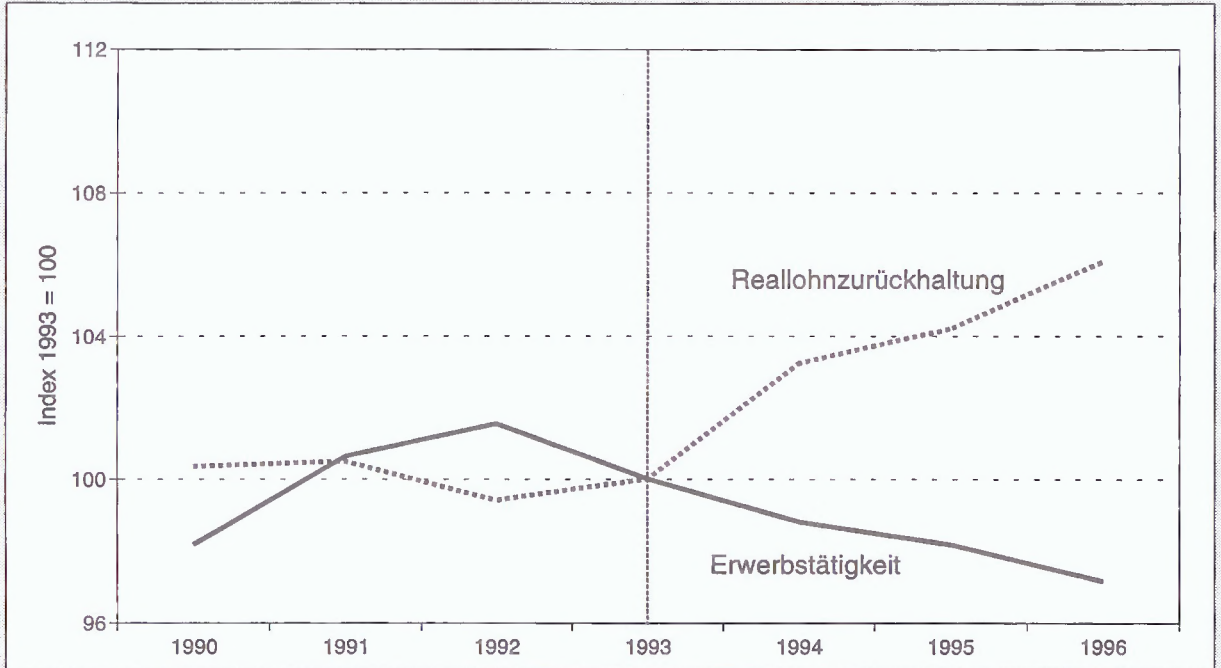
Selbst wenn man diese Einwände gegen Anregungen auf der Nachfrageseite akzeptierte, müßte man zeigen, daß es andere Instrumente gibt, die in gleicher oder zumindest ähnlicher Weise für mehr Investitionsdynamik und mehr Arbeitsplätze sorgen können. Das ist, wie oben dargestellt, bisher nicht gelungen.

In der politischen Debatte besteht daher die Gefahr, daß man sich mit der Abarbeitung langer Listen von Placebo-Maßnahmen beschäftigt und dabei kostbare Zeit verliert. Eine Wirtschaft, die erst einmal auf einen abschüssigen Pfad eingeschwenkt ist, wieder auf einen Wachstums-

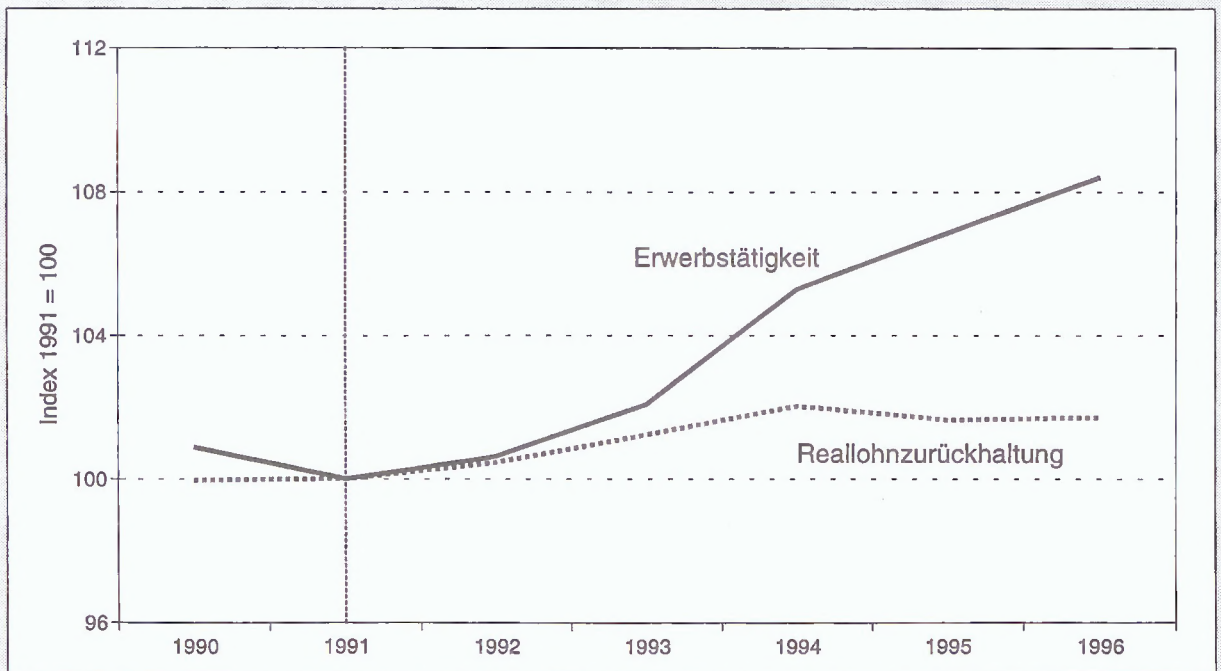
Schaubild 14

Entwicklung der Erwerbstätigkeit und Reallohnzurückhaltung¹

Westdeutschland²



USA³



1) Produktivität abzüglich realem Arbeitseinkommen pro Erwerbstätigen. — 2) Konjunktureller Tiefpunkt 1993 = 100 gesetzt. — 3) Konjunktureller Tiefpunkt 1991 = 100 gesetzt.

Quellen: OECD Main Economic Indicators; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

pfad zurückzuführen, ist bedeutend schwerer, als eine kurze Krise zu überwinden. Verbraucher und Investoren sind nach einer langen Stagnationsphase so verunsichert, daß sie schon hohe Dosen der richtigen Medizin benötigen, um zu einem Normalverhalten zurückzukehren.

Die beiden großen, gesamtwirtschaftlich wirksamen Politikbereiche, die Finanz- und die Geldpolitik, dürfen sich ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung nicht entziehen. Die Finanzpolitik hat das schon in sehr weitgehendem Maße mit dem Versuch getan, unabhängig von der wirtschaftlichen Situation die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Sie hat diesen Rückzug aus jeder Art von gesamtwirtschaftlicher Verantwortung für die Zukunft durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt sogar für ganz Europa festgeschrieben. Dies wäre in gewissen Grenzen zu akzeptieren, wenn — wie es in den Vereinigten Staaten selbstverständlich ist — gleichzeitig der Geldpolitik eine größere Verantwortung zugeschrieben worden wäre. Genau das Gegenteil ist aber der Fall. In der Europäischen Währungsunion wird die Geldpolitik laut Vertrag in noch geringerem Maße für die wirtschaftliche Entwicklung jenseits der Preisstabilität verantwortlich sein als in Deutschland. Nimmt man hinzu, daß in der Europäischen Union insgesamt das Standardinstrument bisheriger nationaler Wirtschaftspolitik, die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch reale Abwertung, keine Rolle spielen kann, weil der Anteil der Exporte in Drittländer mit unter 10 vH für Europa viel kleiner als in Deutschland und damit auf jeden Fall zu klein für eine solche Strategie ist, dann muß die Lage ausweglos erscheinen.

Ohne eine radikale Umkehr der Wirtschaftspolitik ist eine durchgreifende Besserung nicht möglich. Das belegen gerade die viel beschworenen Beispiele von Ländern, die scheinbar mit Struktur- und Angebotspolitik ihre Probleme gemeistert haben. Das beste Beispiel sind — wie im internationalen Teil dargelegt — die USA, wo die Geldpolitik eine entscheidende Rolle gespielt hat. Wesentlich dafür ist, daß die Geldpolitik diese Rolle auch in der Öffentlichkeit voll und ganz akzeptiert und nicht — wie in Deutschland — jede Mitverantwortung von vornherein ablehnt. Prominent ist in Deutschland auch das Beispiel der Niederlande. Hier lassen sich, neben Maßnahmen zur Frühverrentung und Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem eine reale Abwertung und das Entstehen eines hohen Leistungsbilanzüberschusses als Auslöser einer etwas besseren Entwicklung identifizieren¹⁰. Ähnliches gilt für Großbritannien¹¹. Schließlich der berühmteste Fall: Neuseeland. Dieses Land hat in der Tat seine Arbeitslosigkeit, die nach nationaler Definition noch 1992 bei über 10 vH lag, bis heute auf etwa 6 vH vermindert. Doch was ist passiert? Von 1988 bis 1992 hat Neuseeland seine Währung um etwa 20 vH abgewertet. Infolge des dadurch ausgelösten Exportaufschwungs belebte sich die zuvor von einer schweren Rezession erschütterte Wirtschaft; die Investitionstätigkeit, die zu Anfang der neunziger Jahre einen tiefen Einbruch zu verzeichnen gehabt hatte, erholte sich wieder. Hinzu kam

dann in den Jahren 1993 bis 1996 ein Konsumboom, der zum größten Teil ausgelöst worden war von einem beispiellosen Rückgang der ohnehin sehr niedrigen Sparquote der privaten Haushalte; sie fiel von 3,8 vH im Jahre 1991 auf einen negativen Wert (–0,7 vH) im Jahre 1994 und erholte sich erst wieder 1996 (2½ vH), als die Anstoßwirkungen vom privaten Verbrauch die übrige Wirtschaft erfaßt hatten. Der private Verbrauch hatte in den drei entscheidenden Jahren zunächst um 2,8 vH, dann um 5½ vH und schließlich 1995 noch einmal um 4,3 vH zugenommen. Auch dies verstärkte die Investitionsneigung vorübergehend; die Investitionen stiegen von 1993 bis 1995 jeweils in zweistelliger Größenordnung. Zur Zeit expandieren sie mit etwa 5 vH. Spiegelbild der extrem geringen privaten Ersparnis sind seit 1994 Überschüsse im laufenden Staatshaushalt (1996: 3 vH des nominalen BIP) und ein erheblicher Rückgriff Neuseelands auf die Ersparnis des Auslandes in Form eines hohen Leistungsbilanzdefizits (1996: 4,2 vH des nominalen BIP).

Diese Fälle zeigen sehr deutlich: Es gibt kein einziges Beispiel dafür, daß eine Volkswirtschaft nur mit Umstrukturierung und einem Abbau des Staatsanteils seine wirtschaftliche Situation durchgreifend verbessert hätte. In allen Fällen gab es offene oder verdeckte Nachfrageanstöße, die das höhere Wachstum und den Abbau der Arbeitslosigkeit erklären können, ohne daß man dazu auf Scheinerklärungen der Angebotspolitik zurückgreifen müßte. Daß das so ist, entspricht grundlegender gesamtwirtschaftlicher Logik, der man sich schlicht nicht entziehen kann. Will man also sowohl auf die Finanzpolitik als auch auf die Geldpolitik beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verzichten, gibt es keinen anderen Weg, als auf eine „beggar my neighbour-policy“ mit Hilfe massiver Kostensenkung seitens des Staates und der Tarifpartner, also auf eine reale Abwertung der eigenen Währung, zu setzen. Da dies nicht auf Dauer und niemals für alle Länder funktionieren kann, muß diese unmoderne Art der Wirtschaftspolitik letztlich scheitern. In einem Aufsatz¹² über den Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre in Deutschland kann man über die Brüning'sche Politik folgendes lesen:

„In erster Linie zielten jedoch die ergriffenen Maßnahmen darauf ab, im Ausland den Markt für deutsche Produkte zu vergrößern Mit ihrer Deflationspolitik versuchte die Regierung, die Exportindustrie in ihren Bemühungen zu unterstützen, da eine bessere Auslastung dieses Industriezweiges positive Wirkungen auf

¹⁰ Vgl.: Konjunkturelle Abschwächung auch in Großbritannien — aber bedeutsame Arbeitsnachfrage. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/96.

¹¹ Vgl.: Die Niederlande: Beschäftigungspolitisches Vorbild? Bearb.: Reinhard Pohl und Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 16/97.

¹² A. Korsch: Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. In: H.-J. Ramser, M. Timmermann, W. Wittmann (Hrsg.), Der Keynesianismus; Berlin, Heidelberg, New York 1981, S. 59 und 61.

die gesamte Beschäftigung ausstrahlen mußte. So betrachtet, aus der Sicht eines möglicherweise vergrößerten Exportvolumens und losgelöst von dem Zeitpunkt und der spezifischen Situation, hätten von diesen Maßnahmen durchaus stimulierende Auswirkungen auf die Volkswirtschaft ausgehen können. Untersucht man indessen den Zustand der Weltwirtschaft zu jener Zeit und berücksichtigt man dabei die Tatsache, daß bei einer bestimmten Maßnahme nicht alle gleichzeitig einen Gewinn haben können, dann hätte die Regierung nicht solche großen Hoffnungen in diese Politik setzen dürfen. Jedes Land versuchte nämlich nach bester „beggar my neighbour-policy“ seine heimische Industrie auf Kosten der internationalen Mitbewerber zu retten. Da alle nur exportieren, aber nicht auch importieren wollten, erwies sich diese Politik schlußendlich für alle Beteiligten als Bumerang, bei der sie nachher schlechter dastanden als zuvor

... Ein Kostenabbau in Form einer Senkung der Lohnsätze ist also für die Einzelunternehmung nur so lange eine die Rentabilität stärkende Sache, wie die Umsatzziffer nicht darunter leidet. Diese mußte aber zurückgehen, sobald alle Firmen ihr Heil darin suchten, kräftig an der Lohnschraube zu drehen, da jede Rentabilitätsverbesserung des einen Unternehmens sofort zu einer Absatzverschlechterung des anderen führte. Jede allgemeine Lohnsenkung kehrte also gleich einem Bumerang über den durch Lohndruck geschwächten Markt zurück und verdüsterte die Aussicht auf Gewinne nur noch mehr.

Die Politik der Stärkung der Unternehmerkaufkraft zu Lasten der Massenkaufkraft mußte bei der allgemeinen Krisenstimmung somit eine Wirkung zeitigen, die zu dem anvisierten Ziel des Beschäftigungszuwachses im Widerspruch stand.”

Finanzpolitik in der Glaubwürdigkeitskrise

Von einer vorausschauenden, stetigen Finanzpolitik kann in Deutschland seit langem keine Rede mehr sein. Schon in den Vorjahren hat die Politik mit immer neuen Maßnahmen, insbesondere auf der Ausgabenseite, versucht, den Anstieg der Haushaltsdefizite — weitgehend Folge der schwachen Konjunktur und hoher Arbeitslosigkeit — zu begrenzen. Dies ist längst nicht in dem angestrebten Maße gelungen. Nun hat die Aussicht, daß die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr die im Vertrag von Maastricht genannten Verschuldungsobergrenzen verfehlen werden, die finanzpolitische Hektik noch gesteigert. Alle Überlegungen konzentrieren sich auf 1997, weil der finanzielle Status der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen am Ende des Jahres mit ein Kriterium dafür ist, ob Deutschland der Währungsunion beitreten kann. Sie konzentrieren sich dagegen nicht darauf, unter welchen Bedingungen eine nachhaltige Rückführung der Defizite erreicht werden kann. Sie sind Reflex dessen, daß

sich der Bundesfinanzminister sehr frühzeitig auf eine „Punktlandung“ fixiert hat und von vornherein nicht bereit war, den Interpretationsspielraum von Maastricht auszuerschöpfen. Offensichtlich haben weder die Tatsache, daß die öffentlichen Haushalte in Deutschland aufgrund der Wiedervereinigung besondere Belastungen zu tragen haben, noch die ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die quasi-automatisch die öffentlichen Defizite haben anschwellen lassen, in den Überlegungen des Bundesfinanzministers eine Rolle gespielt. Mit dieser strikten und sehr einseitigen Haltung ist die Finanzpolitik in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise geraten. Der jüngste Befreiungsschlag des Finanzministers — Neubewertung der Gold- und Devisenreserven, Veräußerung von Anteilen an der Telekom AG — ist als Eingeständnis zu werten, daß das Defizitziel von 3,0 vH ohne „kreative Buchführung“ auch von der Bundesregierung nicht mehr für erreichbar gehalten wird. Aber auch das Vorhaben, die Abgabenlast der Bürger zu senken, droht zu scheitern, denn es werden inzwischen nicht mehr Steuersenkungen, sondern Steuererhöhungen diskutiert.

Nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch und vor allem aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ergibt das starre Festhalten an den im Maastricht-Vertrag genannten Verschuldungsobergrenzen keinen Sinn. Hinter diesen Kriterien verbirgt sich ein tiefgreifendes Mißverständnis über die Wechselwirkung von gesamtwirtschaftlicher Entwicklung und Haushaltsfehlbeträgen. Die offensichtliche Verfehlung des Defizitziels sollte deshalb endlich zum Anlaß für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Kurs der Finanzpolitik und dem in den letzten Jahren veränderten Verständnis von Allokations-, Distributions- und Stabilitätsaufgabe der öffentlichen Haushalte genommen werden.

Politische Absichtserklärungen¹³ und Taten haben das Allokationsziel seit geraumer Zeit in den Vordergrund gerückt. Immer wieder haben die finanzpolitischen Entscheidungsträger betont, daß der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt zurückgeführt werden müsse, um Steuersenkungen zu finanzieren. Eine geringere Abgabenlast erhöhe die Leistungsbereitschaft der Erwerbsbevölkerung und stärke die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft. Zugleich müßten die Staatsdefizite gesenkt werden, damit staatlich induziertes „crowding out“ vermieden wird. Die Verlagerung von staatlichen Aufgaben in den privaten Bereich verbessere die Ressourcenallokation. Ein antizyklischer Einsatz der Finanzpolitik wird vor allem mit dem Hinweis auf die Asymmetrie der praktischen Anwendung — „Ankurbeln ohne Bremsen“ — abgelehnt. Selbst die Inkaufnahme der automatischen Stabilisatoren wird verworfen, weil bei bereits hohem Schuldenstand zusätzliche Schulden mehr Probleme als Lösungen verursachten. Zudem seien Sparentscheidungen gerade

¹³ Vgl. hierzu auch Bundesministerium der Finanzen: Finanzpolitik 2000 — Neue Symmetrie zwischen einem leistungsfähigen Staat und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, Bonn 1996.

in einer Rezession leichter durchzusetzen; mit ihnen würden zudem die Wachstumskräfte gestärkt.

Obwohl die Angebotsbedingungen der Wirtschaft so gut wie lange nicht sind — die massive Umverteilung zugunsten der Gewinne wurde durch einen Rückgang der effektiven Steuerbelastung der Unternehmen noch verstärkt —, verhartet die Investitionstätigkeit auf niedrigem Niveau. Insofern sind ohnehin erhebliche Zweifel anzumelden, ob eine weitere Senkung der Steuerbelastung die Investitionstätigkeit stimulieren würde. Diese Zweifel werden verstärkt, wenn die Steuerentlastungen mit einer Kürzung von öffentlichen Infrastrukturausgaben einhergehen. Nach dem Selbstverständnis der Angebotspolitik haben sich auch im staatlichen Sektor die Bedingungen verbessert: Die Zahl der Beschäftigten ist sehr deutlich gesunken; dies hat sich in einem rückläufigen Anteil der staatlichen Wertschöpfung niedergeschlagen, der nur wenig über dem Wert vor der Wiedervereinigung liegt. Insbesondere die Kommunen sind in ihren Anstrengungen, die Verwaltung zu modernisieren, einen guten Schritt vorangekommen. Doch auch diese Bemühungen haben offensichtlich noch nicht das Wachstum der Volkswirtschaft beflügelt.

Als verhängnisvoll haben sich die Maßnahmen erwiesen, die automatischen Stabilisatoren in ihrer Wirkung einzuschränken. In einer Phase der Konjunkturschwäche erhöhen sich die Defizite quasi-automatisch, sofern die konjunkturbedingten Steuer- und Beitragsausfälle nicht durch Ausgabenkürzungen kompensiert werden. Auf der Ausgabe­seite wirkt die Arbeitslosenversicherung „stabilisierend“, wenn ihre Wirksamkeit nicht durch Leistungskürzungen in Frage gestellt wird. Tatsächlich hat die Politik in der Vergangenheit immer wieder versucht, den konjunkturbedingten Einnahmenausfällen und Mehrbelastungen durch Ausgabenkürzungen zu begegnen. Letztlich war diesen Versuchen aber wenig Erfolg beschieden. Weder ist es gelungen, die Wirtschaft auf Wachstumskurs zu bringen, noch sind die Defizite verringert worden. Vielmehr hatte die Beschneidung der automatischen Stabilisatoren zur Folge, daß die Massenkaufkraft weiter geschwächt und eine höhere Kapazitätsauslastung verhindert wurde. Dies führte dazu, daß das Erweiterungsmotiv in den Investitionsplanungen der Unternehmen eine immer geringere Rolle spielte.

Wenn sich die Politik darauf einläßt, die automatischen Stabilisatoren nicht zur Entfaltung kommen zu lassen, weil ihr Augenmerk vornehmlich auf die Höhe des Defizits gerichtet ist, heißt dies letztlich auch, daß sie einen Kurs verhindert, der auf Stetigkeit setzt und mittelfristig ausgerichtet ist. Jede konjunkturbedingte Abweichung vom Defizitziel, das man sich im Haushalts- bzw. Finanzplan gesetzt hat, wird nämlich alsbald eine Reaktion der finanzpolitischen Entscheidungsträger hervorrufen und dazu führen, daß ursprüngliche Entscheidungen revidiert werden. Eine Revision verändert aber immer auch die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftssubjekte und zwingt sie zu Anpassungen. Ob sich unter diesen Bedingungen stabile

Erwartungen herausbilden können, ist fraglich. Je stärker die Politik versucht, den konjunkturbedingten Mehrbelastungen mit diskretionären Ausgabenkürzungen oder Abgabenerhöhungen entgegenzuwirken, desto größer ist die Gefahr der Destabilisierung. Das DIW hat immer wieder dafür plädiert, den konjunkturbedingten Anstieg der Staatsdefizite zuzulassen, weil die Gegenmaßnahmen in einer Stagnation mit Massenarbeitslosigkeit im Ergebnis dem Wettlauf von Hase und Igel gleichen. Gesamtwirtschaftlich ist der Defizitabbau nur in einem Aufschwung, wenn die Privaten wieder bereit sind, mehr auszugeben, sinnvoll und auch nur dann möglich. Aus diesem Grunde sollte die Bundesregierung auch ihre Pläne aufgeben, im kommenden Jahr Steuern zu erhöhen und/oder weitere Sparpakete zu schnüren. Solche Maßnahmen würden zudem die expansiv wirkenden Elemente der für 1999 geplanten Steuerentlastungen konterkarieren. Vorsorgliche Maßnahmen zur Senkung der reformbedingten Defizite stellen letztlich den erhofften Reformerfolg in Frage. Werden nämlich tatsächlich belastende Teile der Reform wie der Abbau von Steuervergünstigungen für Unternehmen bereits 1998 verwirklicht, müssen auch die Hoffnungen auf höhere Investitionen im nächsten Jahr begraben werden: Unter diesen Umständen besteht für die Unternehmen kein Anreiz mehr, dem Nachteil geringerer Steuervergünstigungen zumindest kurzfristig durch ein Vorziehen von Investitionsvorhaben zu begegnen und den Vorteil der Reform, die mit den Investitionen verbundenen Gewinne später zu niedrigeren Sätzen zu versteuern, in Anspruch zu nehmen.

Die Politik muß sich endlich der Tatsache stellen, daß die staatliche Finanzkrise wie auch die Krise der sozialen Sicherungssysteme unmittelbar Folge der Wachstums- und Beschäftigungskrise ist. Eine Wirtschaftskrise ist der falsche Zeitpunkt, Einschnitte in das soziale System durchzusetzen und/oder die Abgabenbelastung umzuverteilen sowie die öffentlichen Defizite abzubauen. Hierfür ist ein Aufschwung sehr viel besser geeignet. Deshalb sollte die Finanzpolitik die entsprechenden Voraussetzungen schaffen und nicht einen Kurs weiterverfolgen, der prozyklisch wirkt.

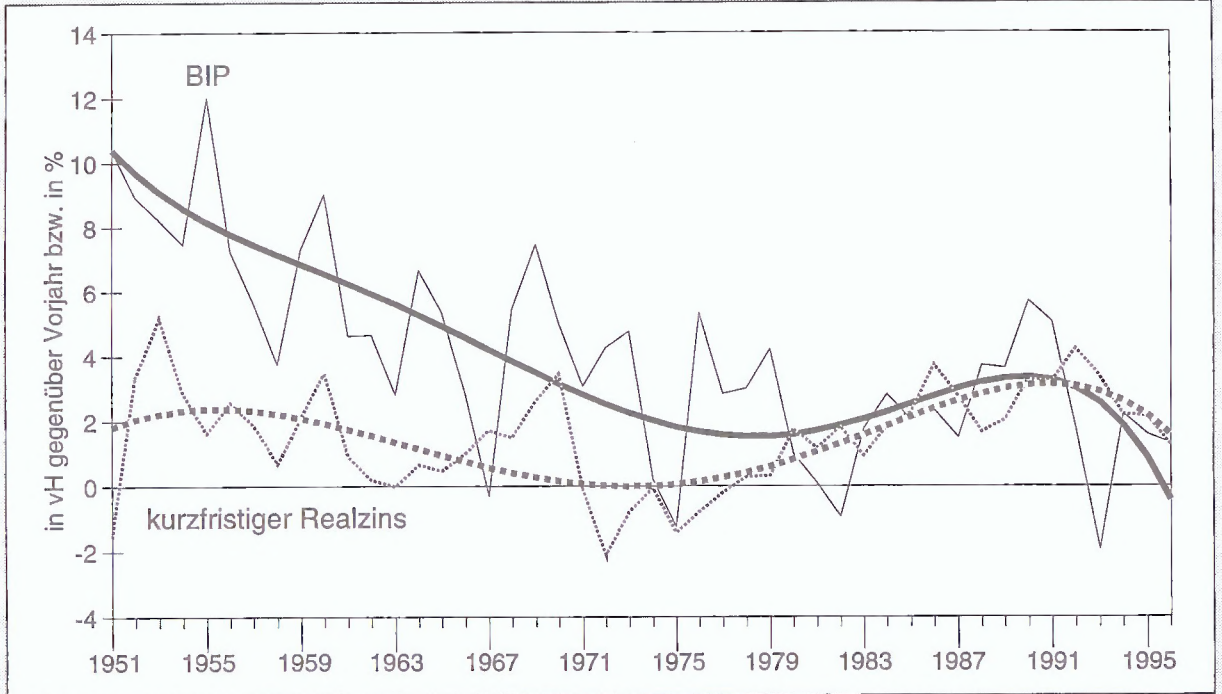
Geldpolitik auf falschem Wege

Die Zinsen in Deutschland sind zu hoch (Schaubild 15). Berücksichtigt man die laufenden Preissteigerungsraten, d.h. bereinigt man die nominalen Zinszahlungen, liegt die von Investoren zu tragende Belastung aus zusätzlicher langfristiger Verschuldung derzeit bei mindestens 3½ % (Umlaufrendite öffentlicher Wertpapiere abzüglich der Inflationsrate), und selbst für kurzfristige Kredite müssen die Investoren mindestens 1 % (Diskontsatz der Bundesbank abzüglich der Inflationsrate) zahlen. Dies sind die absoluten Mindestsätze. Private Investoren müssen höhere Zinsen entrichten.

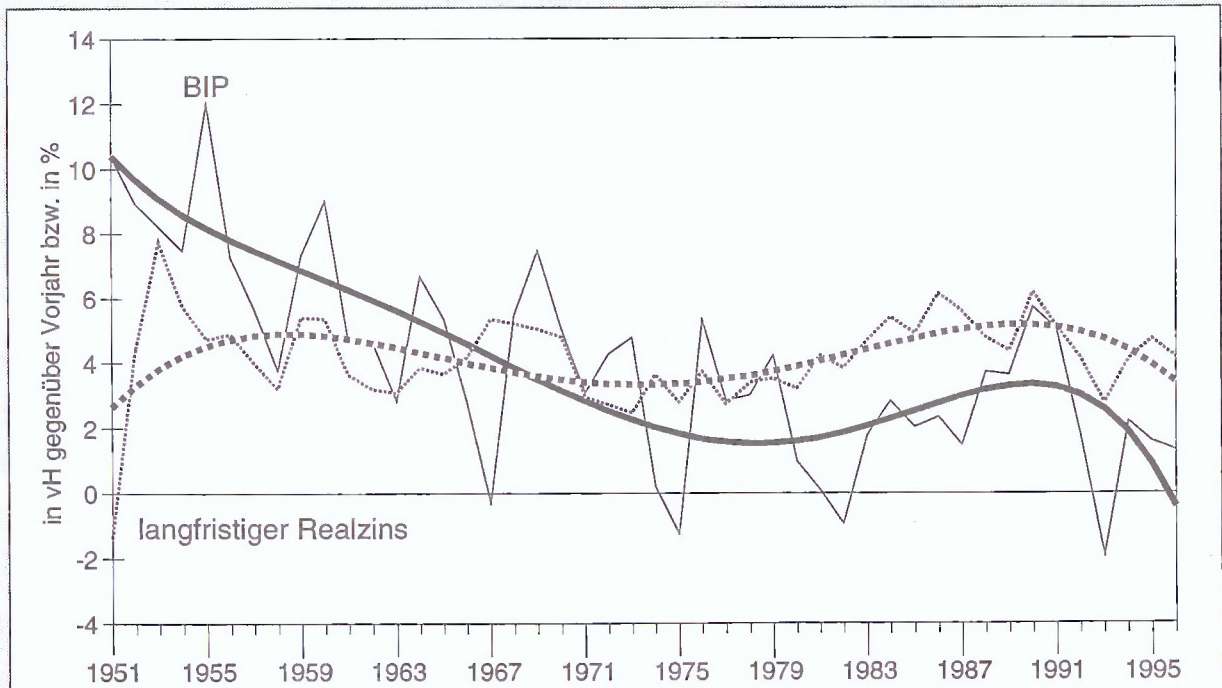
Schaubild 15

Wachstum¹ und Realzins in Westdeutschland

BIP und kurzfristiger Realzins²



BIP und langfristiger Realzins³



1) BIP zu Preisen von 1991, in vH gegenüber Vorjahr; Trendlinie: Polynom 5. Grades gemäß Regression. 2) Diskontsatz abzüglich Wachstumsrate der Verbraucherpreise; Trendlinie: Polynom 5. Grades gemäß Regression. — 3) Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere insgesamt abzüglich Wachstumsrate der Verbraucherpreise; Trendlinie: Polynom 4. Grades gemäß Regression.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.

Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate der realen Einkommen, aus der alle Einkommensströme gespeist werden müssen, lag in den letzten 3 Jahren unter 2 vH. Selbst wenn die Produktivität des eingesetzten Kapitals gleich geblieben wäre¹⁴, hätte ohne eine Umverteilung zu Lasten anderer Gruppen eine Kapitalrendite von 3½ % nicht verdient werden können. Das bedeutet, daß im Durchschnitt der Volkswirtschaft risikobehaftete Investitionen in Sachanlagen weniger rentierbar waren als weitgehend risikolose Finanzanlagen. In einer solchen Situation muß eine Volkswirtschaft, die auf eine hohe Investitionsdynamik angewiesen ist, um ihre Beschäftigungsprobleme zu lösen, die Rentabilität von Sachanlagen erhöhen oder die Zinsen senken. Ersteres ist allerdings keine einfache Aufgabe. Sie verlangt eine steigende Kapazitätsauslastung, also eine Ausweitung der staatlichen Defizite, eine autonome Senkung der privaten Sparquote und/oder eine stärkere Verschuldung des Auslandes unter der Vorbedingung, daß die langfristigen Zinsen — wegen der damit verbundenen Zunahme der Kapitalnachfrage oder des abnehmenden Angebots — nicht gleichzeitig steigen.

Umverteilungsversuche zugunsten der Unternehmen durch die Steuerpolitik oder in Tarifverhandlungen, sind prinzipiell nicht geeignet, die gesamtwirtschaftlich relevante Rendite auf Sachanlagen zu erhöhen, weil ihnen, wenn nicht die privaten Haushalte wieder entsparen bzw. der Staat oder das Ausland sich höher verschulden, negative Nachfrageeffekte gegenüberstehen, die die Renditeaussichten der Investoren wieder verdüsten. Auch hier gilt im Falle eines Entsparens bzw. höherer Verschuldung wiederum, daß negative Kapitalmarktwirkungen ausgeschaltet werden müssen. Das kann in zuverlässiger Weise nur die Geldpolitik leisten. Eine kleine offene Volkswirtschaft mag darauf vertrauen, daß eine hohe Angebotselastizität am Weltkapitalmarkt zur Verfügung steht, so daß die isolierte Wirkung dieser Kapitalmarkteffekte nicht ins Gewicht fällt. Die Industrieländer als Gruppe oder Europa insgesamt können das nicht. Hier ist die Geldpolitik immer gefordert. Die Geldpolitik muß mit Hilfe der Senkung der kurzfristigen Zinsen Anleger dazu bewegen, aus kurzfristigen in langfristige Anlagen umzusteigen und auf diese Weise das Kapitalangebot erhöhen. Agiert die Geldpolitik, so erhöht sich die Rentabilität von Investitionen und der langfristige Zins steigt zumindest weniger stark als die Rendite von Sachanlagen. Dadurch werden zusätzliche Investitionen zum Zuge kommen.

Muß die Zentralbank mit Hilfe hoher Zinsen inflationäre Gefahren bekämpfen oder senkt sie die kurzfristigen Zinsen trotz niedriger Inflationsraten nicht so weit, daß die langfristigen Zinsen unter Berücksichtigung der spezifischen Risiken unterhalb der Rentabilitätsschwelle liegen, bei der eine zum Abbau der Arbeitslosigkeit geeignete Investitionsdynamik in Gang kommt, ist ein Abbau von Beschäftigung unvermeidlich.

In den vergangenen 15 Jahren hat die Deutsche Bundesbank mit Ausnahme weniger Jahre eine Politik betrieben,

die eine ausreichende Investitionsdynamik verhindert hat. Schaubild 15 zeigt, daß in den fünfziger und sechziger Jahren der kurzfristige und der langfristige Realzins in Westdeutschland deutlich unterhalb der realen Wachstumsrate lagen. Seit Ende der siebziger Jahre ist der kurzfristige Zins etwa so hoch wie die Wachstumsrate, und seit Mitte der siebziger Jahre liegt der langfristige Realzins deutlich oberhalb des Einkommenswachstums. Mit anderen Worten: Genau seit Beginn des Zeitraumes, von dem ab die Zinsen im Verhältnis zum Wachstum deutlich gestiegen sind, gibt es Arbeitslosigkeit. In den fünfziger und sechziger Jahren waren die Zinsbedingungen immer so, daß die Investitionsdynamik ausreichte, um die Arbeitslosigkeit auf ein niedriges Niveau zu senken. Daß es zu so langen Phasen geldpolitischer Restriktionen gekommen ist, war nicht immer die Schuld oder der Fehler der Bundesbank. Teilweise gab es inflationäre Übersteigerungen von Seiten der Lohnpolitik, die ein Gegenhalten der Zentralbank unvermeidlich machten. Das rechtfertigt aber nicht, daß die Bundesbank jegliche Verantwortung für die Beschäftigung ablehnt und in einer gesamtwirtschaftlichen Schwächephase, wie sie derzeit gegeben ist, auf „historisch niedrige“ Zinsen verweist, die Umstrukturierung der Wirtschaft, die Konsolidierung der Staatsfinanzen und niedrige Tarifabschlüsse fordert, um die Beschäftigungsprobleme zu lösen, selbst aber nicht handelt.

Die Zinsen, auch die kurzfristigen Zinsen, sind — gemessen an der Wachstumsrate — zu hoch. Diese Restriktion könnte übergehend nur der Staat überwinden, wenn er im Vertrauen auf die Ergiebigkeit des Weltkapitalmarktes über höhere öffentliche Defizite die Rentabilität der Investitionen erhöhte. Dagegen würde aber sicher auch die Bundesbank Sturm laufen. Das zeigt erneut das Dilemma der deutschen Wirtschaftspolitik in aller Deutlichkeit: Der Staat soll sich zurückziehen, die Geldpolitik lehnt jede beschäftigungspolitische Verantwortung ab, und die Lohnpolitik ist gezwungen, mit geringen Lohnsteigerungen eine „beggar my neighbour-policy“ zu unterstützen, die nur in einer Aufwertung der D-Mark oder gleichartigen Deflationsstrategien der Handelspartner enden kann.

Daß das empirische Ergebnis bezüglich des Zusammenhangs von Zinsen und Wachstumsrate¹⁵ eine hohe Aussagekraft für die Beschäftigungssituation hat, zeigt ein internationaler Vergleich (Schaubild 16) der vier größten westlichen Industrieländer. Nur in den USA hat es in den neunziger Jahren eine Normalisierung des Verhältnisses von kurzfristigen Zinsen und Wachstumsrate gegeben. Nur dort ist auch ein investitionsgetragener Aufschwung in Gang gekommen, der nichts mit einer realen Abwertung oder außergewöhnlichen Einmaleffekten, wie einer Sen-

¹⁴ Aktuelle Daten liegen dazu nicht vor, über einen längeren Zeitraum betrachtet sinkt die Kapitalproduktivität jedoch tendenziell.

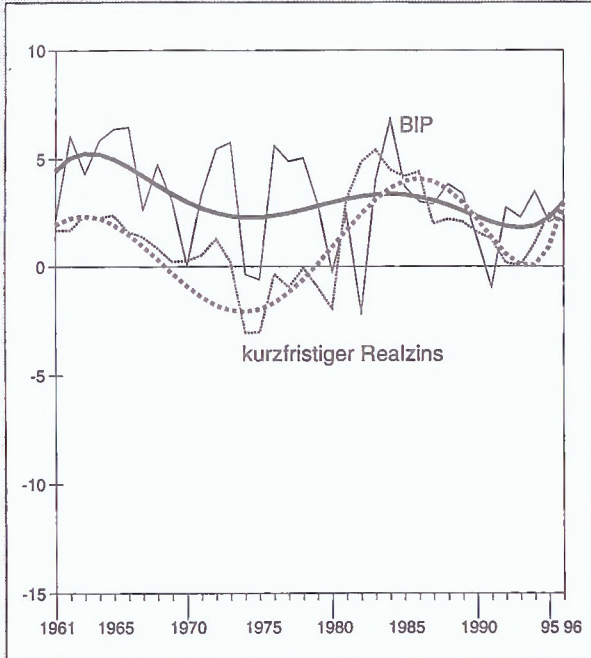
¹⁵ Das Ergebnis gilt natürlich in gleicher Weise für die nominalen Werte beider Größen.

Schaubild 16

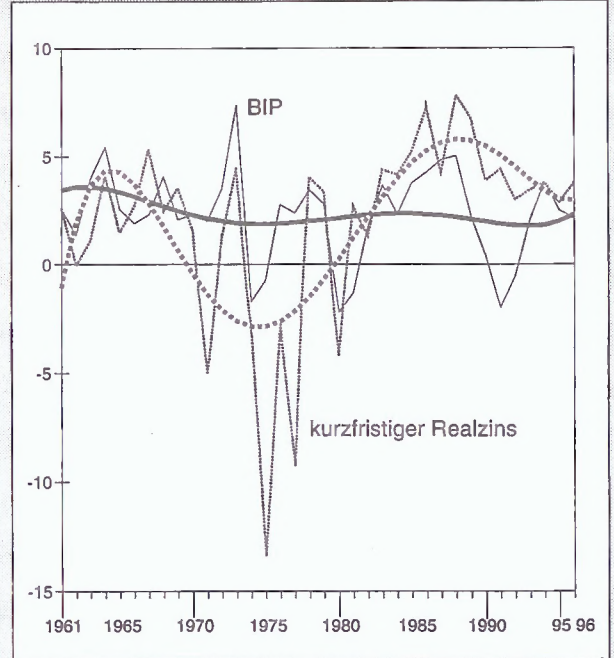
Wachstum¹ und kurzfristiger Realzins²

in vH gegenüber Vorjahr bzw. in %

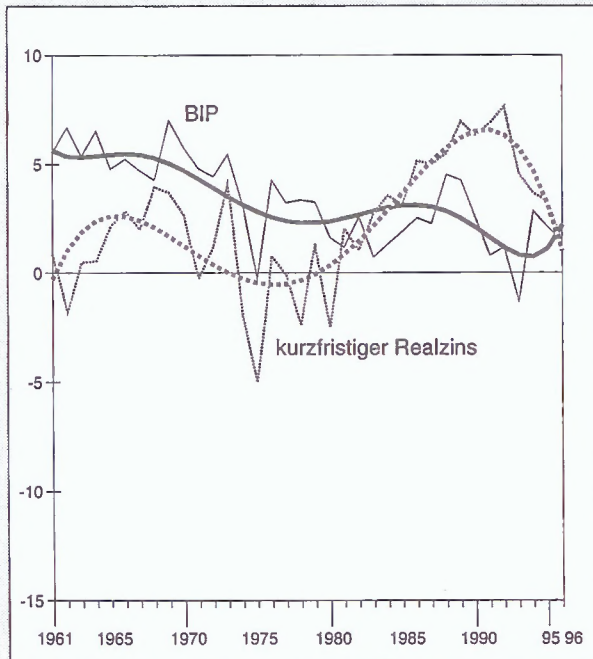
USA³



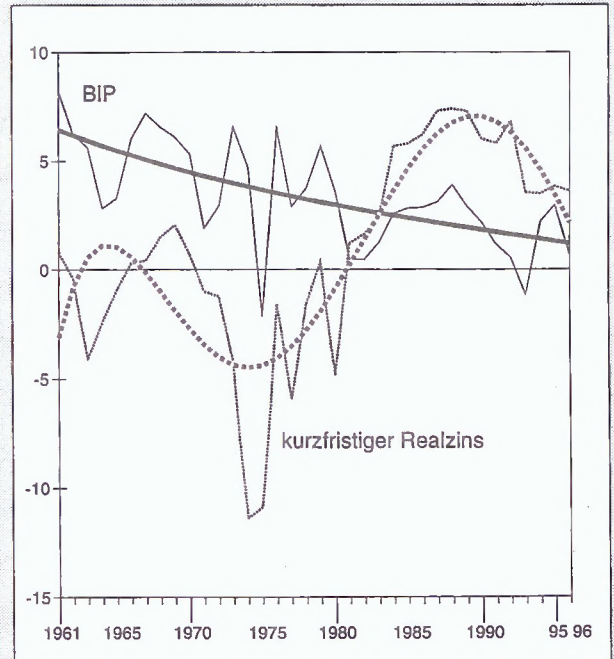
Großbritannien⁴



Frankreich⁵



Italien³



1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen eines Basisjahres, in vH gegenüber Vorjahr; Trendlinie: Polynom 4. bis 6. Grades gemäß entsprechender Regression. — 2) Kurzfristiger Zinssatz abzüglich Wachstumsrate der Verbraucherpreise; Trendlinie: Polynom 4. bis 6. Grades gemäß entsprechender Regression. — 3) Kurzfristiger Zins: Diskontsatz. — 4) Kurzfristiger Zins: prime bank bills rate. — 5) Kurzfristiger Zins: call money rate.
Quellen: OECD Main Economic Indicators; Berechnungen des DIW.

kung der Sparquote oder hohen öffentlichen Defiziten, zu tun hat. Auch in den USA hatte es Anfang der achtziger Jahre eine Phase ausgeprägter Restriktion zur Bekämpfung einer ölpreis- und lohninduzierten Inflation gegeben. Doch damals war die Finanzpolitik extrem expansiv gewesen (Reagan-Boom) und hatte die restriktiven Effekte der Geldpolitik teilweise kompensiert.

In Frankreich, Italien und Großbritannien waren die achtziger Jahre für die Entwicklung am Arbeitsmarkt katastrophal. Die Ursache dafür ist — wenn auch mit unterschiedlicher Intensität — immer die gleiche: Um die Inflationsraten auf das Niveau in Deutschland zu senken und Stabilität aus Deutschland zu importieren, war die Geldpolitik praktisch während der gesamten achtziger Jahre extrem restriktiv, sogar der kurzfristige Realzins lag weit oberhalb der Wachstumsrate. Auch in diesen Ländern zeigt sich, daß es in den fünfziger und sechziger Jahren Vollbeschäftigung und hohes Wachstum nicht vorwiegend wegen der größeren Flexibilität oder der geringen Regulierungsdichte gab. Vollbeschäftigung war immer Ergebnis geeigneter Investitionsbedingungen, d.h. Ergebnis der Tatsache, daß der lang- und der kurzfristige Kreditzins niedrig genug für eine hohe Investitionsdynamik waren.

Warum Europäische Währungsunion?

Zum ersten Mal seit dem Beginn der achtziger Jahre gibt es jetzt in Europa eine Chance, wieder auf einen hohen Wachstumspfad zurückzukehren und die Arbeitslosigkeit Schritt für Schritt abzubauen. Die Inflationsraten haben einen Stand erreicht, bei dem weder akute noch potentielle Inflationsgefahren in den nächsten Jahren drohen. Hinzu kommt, daß man nach 15 Jahren äußerst schmerzhafter Anpassung allen Ländern — und vor allem den Tarifpartnern in den Ländern — zutrauen muß, verstanden zu haben, daß inflationäre Lösungen von Verteilungsproblemen nicht sinnvoll sind.

Das ist der Kerngedanke einer Europäischen Währungsunion: Wenn Inflation keine Probleme löst und alle zu einer nicht-illusionären Anpassung an das Verteilbare bereit sind, haben flexible Wechselkurse keine Funktion. Veränderungen der Wechselkurse sind letztlich immer das Spiegelbild von Inflationsdifferenzen und damit — wie Inflation selbst — Ausdruck des Versuchs, Anpassungslasten zu verschleiern oder anders zu verteilen. Für Länder, die auf Inflation verzichten wollen, entspringt der Gedanke an eine einheitliche Währung also aus nichts anderem als der Überzeugung, die Allokationsverzerrungen vermeiden zu wollen, die Geldwertänderungen — seien sie solche in der Zeit (Inflation) oder solche im Raum (Wechselkursänderungen) — immer mit sich bringen.

Gibt es diesen Grundkonsens, den gerade in Deutschland, das immer für diese Einsicht geworben hat, niemand in Frage stellen sollte, dann ist der Weg zu einer Währungsunion vorgezeichnet. Ein System fester Wechselkurse mit einer Leitwährung, das die einzig realistische Alternative

zu einer Währungsunion darstellt, weist nämlich einen nicht behebbaren Konstruktionsfehler auf. Die Geldpolitik der Leitwährung (in Europa in der Vergangenheit die der Bundesbank) wird in letzter Konsequenz immer eine Geldpolitik sein, die für die Belange des dominierenden Landes angemessen sein mag. Daß diese Politik für den gesamten Raum angemessen ist, der de facto durch die Wechselkursbindung dieser Geldpolitik folgt, ist niemals gesichert, sondern nur durch Zufall zu erwarten. Weder die deutsche Wirtschaftsentwicklung noch die Zuwachsraten einer Geldmenge in Deutschland oder die deutsche Inflationsrate sind geeignete Indikatoren für eine europäische Geldpolitik.

Entscheidend aber ist, daß die Rollenverteilung der Wirtschaftspolitik in einer im Vergleich zu Europa kleinen offenen Volkswirtschaft wie Deutschland für eine große offene Volkswirtschaft wie Europa insgesamt unangemessen ist. In einer kleinen offenen Volkswirtschaft gibt es zumindest vorübergehend die Chance, durch die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition die Beschäftigungssituation positiv zu beeinflussen. So hat sich in Deutschland eine Rollenverteilung herausgebildet, bei der die Regierung und die Tarifpartner für Beschäftigung durch Standortpolitik sorgen sollen und die Geldpolitik nur für Preisstabilität verantwortlich ist. Zwar ist diese Rollenverteilung auf Dauer auch in kleinen offenen Volkswirtschaften zum Scheitern verurteilt, wenn sie von mehreren Ländern angewendet wird. In einer großen, weitgehend geschlossenen Volkswirtschaft gibt es diese Option aber von vornherein nicht. Soll in einer solchen Wirtschaft nicht permanent der Staat gefordert sein, für mehr Beschäftigung zu sorgen, muß — wie das in den USA in den neunziger Jahren in vorbildlicher Weise geschehen ist — die Geldpolitik im Zusammenspiel mit einer moderaten Nominallohnpolitik explizit beschäftigungspolitische Verantwortung übernehmen. Das aber kann nur eine für den gesamten Wirtschaftsraum verantwortliche Geldpolitik tun, niemals die einer Leitwährungsunion. Das bedeutet, daß flexible Wechselkurse keine Lösung für einen großen Wirtschaftsraum mehr sind, sobald sich die Einsicht bei allen Beteiligten durchgesetzt hat, daß mit Inflation wirtschaftliche Probleme nicht gelöst werden können. Feste Wechselkurse mit einer Leitwährung sind keine Lösung, weil Beschäftigungsprobleme entweder nur durch den Staat oder nur durch reale Abwertung angegangen werden können. Beides ist auf längere Sicht nicht erfolgversprechend.

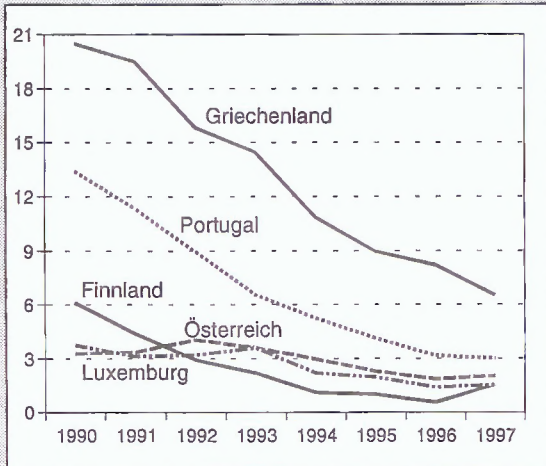
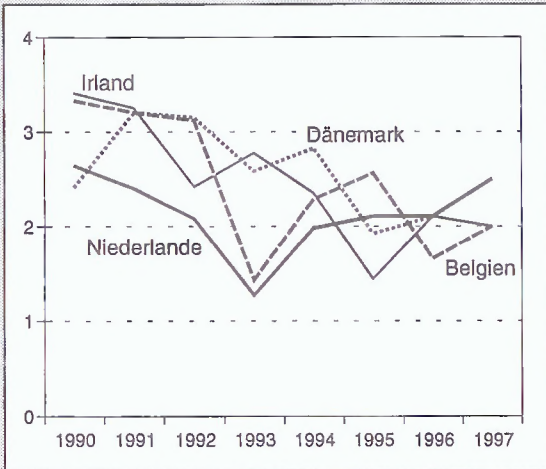
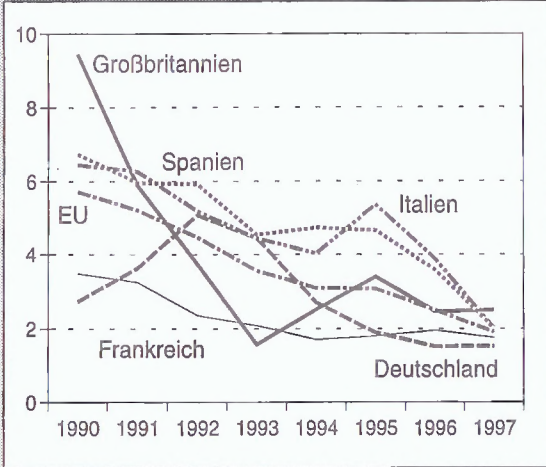
Verschiebung der Währungsunion?

In Deutschland ist eine heftige Diskussion darüber ausgebrochen, ob die Währungsunion verschoben werden muß. Ausgangspunkt ist immer die Frage, ob die Währungsunion starten kann, wenn wichtige Länder die staatliche Defizitquote in diesem Jahr nicht exakt auf 3,0 vH gedrückt haben. Bei der Diskussion kommen aber Argumente aus ganz unterschiedlichen Richtungen zum Tra-

Schaubild 17

Verbraucherpreise

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr



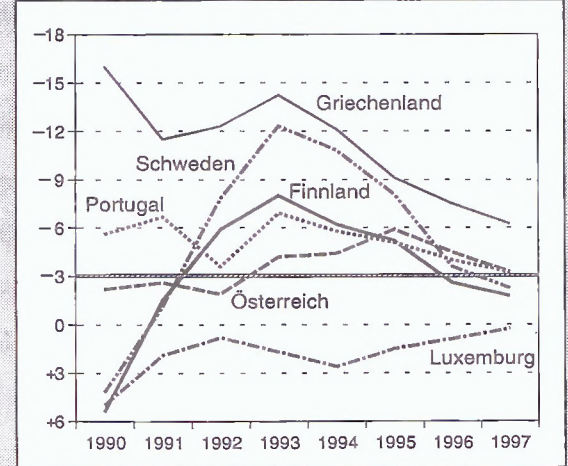
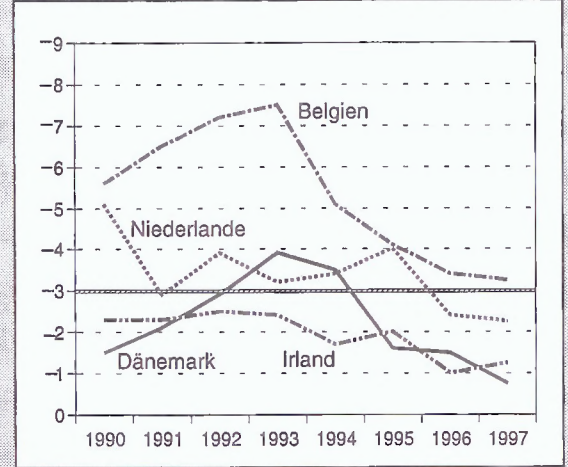
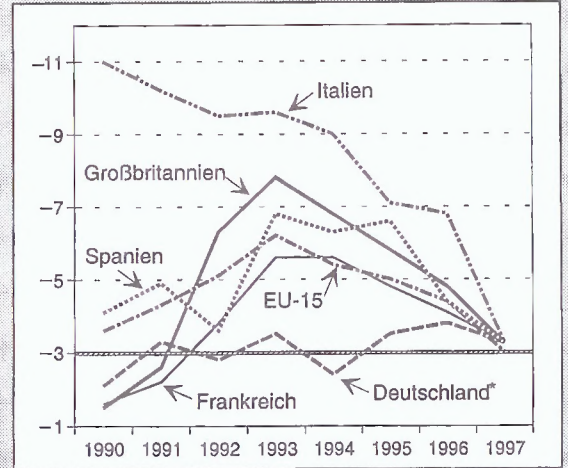
Quellen: OECD, Main Economic Indicators; Kommission der EU; Berechnungen und Prognose des DIW.

DIW'97

Schaubild 18

Defizitquoten

Finanzierungssaldo des Staates in vH des Bruttoinlandsprodukts



*) für 1995 ohne vereinigungsbedingte Verschuldung. Die schraffierte Linie bezeichnet den vorgegebenen Referenzwert für das Defizit.
Quellen: OECD, Main Economic Indicators. Kommission der EU; Berechnungen und Prognose des DIW.

DIW 97

gen. Von der einen Seite wird argumentiert, die Erfüllung der fiskalischen Konvergenzkriterien verlange eine zu strikte Finanzpolitik in Europa, so daß der Euro nur um den Preis einer Verschärfung der Beschäftigungskrise zu haben ist. Von der anderen Seite wird behauptet, eine Abweichung der Kriterien gefährde die Stabilität des Euro.

Überzeugen können alle diese Argumente nicht. Bei beiden Positionen geht es wohl mehr um die Verhinderung der Währungsunion als um eine wirkliche Verschiebungsoption. Wer den Euro verschieben will, um noch weitergehende Austerität zu verhindern, ohne die Kriterien selbst in Frage zu stellen, muß sagen, wie später, also nach dem Jahre 1997, in ganz Europa eine strikte Konsolidierungspolitik gelingen soll, ohne daß die Geldpolitik für eine Entlastung der Finanzpolitik sorgt. Daß die Geldpolitik das tut, ist aber unter den herrschenden Bedingungen einer rein nationalen Rollenverteilung wesentlich weniger plausibel als bei einer europäischen Geldpolitik.

Noch schwerer zu verstehen ist das Argument, die Stabilität des Euro sei bei Haushaltsdefizitquoten von 3,2 oder 3,3 vH im Jahre 1997 gefährdet, bei 3,0 aber nicht. Zunächst sind, wie die gegenwärtige Debatte in Deutschland zeigt, diese Zahlen ohne weitere Prüfung der ökonomischen Rahmenbedingungen nur Zahlen auf dem Papier. Werden 3,0 durch Buchhaltungstricks erreicht, mag die Stabilität des Euro in viel größerem Maße gefährdet sein als bei 3,3 ohne solche Tricks.

Zudem hat noch niemand gezeigt, auf welche Weise eine um einige Zehntel Prozent höhere staatliche Defizitquote Inflation verursachen kann. Es ist mehr als erstaunlich, daß das gerade von denjenigen behauptet wird, die sonst einer Erhöhung staatlicher Defizite überhaupt keine Wirkung zusprechen. Wenn es etwa richtig ist, wie von der Bundesregierung immer wieder behauptet, daß höhere staatliche Defizite regelmäßig die Zinsen am Kapitalmarkt erhöhen und damit zu einer Verdrängung, einem „crowding out“ privater Investitionen, führen, dann kann eben gerade auf diese Weise keine Inflation durch den Staat verursacht werden. Man mag eine solche Verdrängung, wenn sie denn aufträte, dennoch beklagen, weil sie u.U. die Allo-

kation verschlechtert, mit Inflation hat das nichts zu tun. Die Diskussion um 3,0 vH und eine Verschiebung der EWU ist folglich unehrlich oder inkonsistent: Man führt sie entweder, um von dem eigentlichen Ziel, einer Verhinderung der Währungsunion, aus welchen Gründen auch immer, abzuweichen, oder sie wird aus Unkenntnis über die Wirkungszusammenhänge und im Widerspruch zu den sonst geäußerten Überzeugungen weiterverfolgt.

Eine Verschiebung des Euro ist nicht zu begründen. Der Grad der Konvergenz (Schaubilder 17 und 18) ist beeindruckend. Es wäre allerdings auch falsch, sich von der Europäischen Währungsunion Wunderdinge in Sachen Beschäftigung zu erwarten. Die Währungsunion als solche bringt kaum mehr Beschäftigung. Dies ist nur von einer anderen Politik, insbesondere einer anderen Geldpolitik, im Rahmen der Währungsunion zu erwarten. Aber auch das ist selbstverständlich nur richtig, wenn die europäische Geldpolitik diese Rolle akzeptiert und die Nationalstaaten ihre „beggar my neighbour-policy“ via Kostensenkungswettbewerb beenden. In dieser Hinsicht betreibt Deutschland derzeit eine Politik, die in Europa nicht zu einer nachhaltigen Gesundung der Wirtschaft führen kann. Der fortwährende Versuch, über reale Abwertung durch Senkung der Lohnstückkosten und staatlicher Abgaben die deutsche Wettbewerbsposition zu verbessern, muß am Ende scheitern. Im Rahmen einer Währungsunion kann sich dieses Scheitern nicht mehr in Form einer Aufwertung der deutschen Währung manifestieren. Es wird sich dann in einer gemeinsamen Deflationspolitik aller Partner manifestieren oder aber in Forderungen der Partner an Deutschland münden, für den Verlust von Marktanteilen in Form von zusätzlichen Finanzzuweisungen aufzukommen.

Dennoch ist die Chance nicht gering, daß die Verwirklichung der Europäischen Währungsunion auch zu einem Umdenken in Deutschland führt. Der Verlust an nationaler geldpolitischer Autonomie, der praktisch nur für Deutschland mit der Währungsunion verbunden ist, führt zwar zu verständlichen Befürchtungen; diese werden sich aber bei einer angemessenen europäischen Geldpolitik als unbegründet erweisen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1997 und 1998

	1996	1997	1998	1997		1998	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	−1,2	−1,5	−0,5	−1,5	−1,0	−1,0	−0,5
Arbeitszeit	−0,2	0,0	0,5	−0,5	0,5	0,0	1,5
Arbeitsvolumen	−1,3	−1,5	0,0	−2,0	−1,0	−1,0	0,5
Produktivität ¹⁾	2,7	3,0	2,0	3,5	2,5	3,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,4	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Nachrichtlich: in Mrd. DM	3 064,6	3 120,0	3 181,0	1 521,5	1 598,5	1 554,5	1 626,5
WESTDEUTSCHLAND							
Erwerbstätige (im Inland)	−1,0	−1,0	−0,5	−1,0	−1,0	−0,5	−0,5
Arbeitszeit	−0,2	0,0	0,5	−0,5	0,5	0,0	1,5
Arbeitsvolumen	−1,2	−1,0	0,0	−1,5	−0,5	−0,5	1,0
Produktivität ¹⁾	2,5	3,0	2,0	3,5	2,5	3,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,3	2,0	2,0	1,5	2,0	2,5	1,5
Nachrichtlich: in Mrd. DM	2 779,2	2 829,5	2 885,5	1 383,0	1 447,0	1 414,0	1 471,5
OSTDEUTSCHLAND							
Erwerbstätige (im Inland)	−1,7	−2,5	−1,5	−2,5	−2,5	−2,0	−1,0
Arbeitszeit	−0,1	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	1,5
Arbeitsvolumen	−1,8	−2,5	−0,5	−2,5	−3,0	−2,0	0,5
Produktivität ¹⁾	3,8	4,5	2,5	5,0	4,0	3,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	2,0	1,5	1,5	2,5	1,0	1,0	2,0
Nachrichtlich: in Mrd. DM	285,4	290,5	295,0	139,0	151,5	140,5	154,5

2. Lohnstückkosten (Inlandskonzept)
a) Absolute Werte

Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM)	1 897,1	1 910,0	1 926,0	896,5	1 014,0	901,5	1 024,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme (Mrd. DM)	1 525,3	1 524,5	1 537,0	715,5	809,5	719,0	818,0
Lohnstückkosten ²⁾	109,9	108,5	107,5	104,5	112,5	103,0	111,5
WESTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM)	1 622,8	1 637,0	1 650,0	767,5	869,5	771,5	878,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme (Mrd. DM)	1 297,5	1 299,0	1 310,5	608,5	690,5	611,5	699,0
Lohnstückkosten ²⁾	108,1	107,0	106,0	102,5	111,0	101,0	110,5
OSTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselb. Arbeit (Mrd. DM)	274,3	273,5	275,5	129,0	144,5	130,0	145,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme (Mrd. DM)	227,9	226,0	226,5	107,0	119,0	107,5	119,0
Lohnstückkosten ²⁾	111,3	109,0	108,0	107,5	110,5	107,5	109,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit	1,1	0,5	1,0	0,5	1,0	0,5	1,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	0,7	0,0	1,0	−0,5	0,0	0,5	1,0
Lohnstückkosten ²⁾	−0,3	−1,0	−1,0	−1,5	−1,0	−1,5	−0,5
WESTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit	0,9	1,0	1,0	0,5	1,0	0,5	1,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	0,6	0,0	1,0	−0,5	0,5	0,5	1,0
Lohnstückkosten ²⁾	−0,4	−1,0	−1,0	−1,0	−0,5	−1,5	−0,5
OSTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit	2,0	−0,5	1,0	0,5	−1,0	1,0	1,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1,3	−1,0	0,5	0,0	−1,5	0,5	0,5
Lohnstückkosten ²⁾	0,0	−2,0	−1,0	−2,0	−2,0	0,0	−1,5

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1997 und 1998

	1996	1997	1998	1997		1998	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

3. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	2 039,1	2 083,0	2 133,5	1 016,5	1 066,5	1 042,5	1 091,0
Staatsverbrauch	695,4	708,5	715,0	332,5	376,0	334,5	380,0
Anlageinvestitionen	743,6	742,0	753,0	353,0	389,0	355,0	398,5
Ausrüstungen	269,8	278,0	294,5	129,0	149,5	136,5	158,0
Bauten	473,8	464,0	458,5	224,5	239,5	218,0	240,5
Vorratsveränderung	17,0	25,5	29,5	28,0	—3,0	32,0	—2,5
Inlandsnachfrage	3 495,2	3 559,0	3 631,0	1 730,0	1 828,5	1 764,0	1 867,0
Außenbeitrag	45,8	75,5	103,0	32,0	43,5	48,5	54,5
Ausfuhr	859,7	953,0	1022,5	463,5	489,0	495,0	528,0
Einfuhr	813,9	877,5	919,5	431,5	446,0	446,0	473,5
Bruttoinlandsprodukt	3 541,0	3 634,0	3 734,0	1 762,0	1 872,0	1 812,5	1 921,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,3	2,0	2,5	2,0	2,0	2,5	2,5
Staatsverbrauch	3,0	2,0	1,0	2,5	1,0	0,5	1,0
Anlageinvestitionen	—0,9	0,0	1,5	1,0	—1,5	0,5	2,5
Ausrüstungen	2,7	3,0	6,0	3,0	3,5	6,0	6,0
Bauten	—2,9	—2,0	—1,0	0,0	—4,0	—3,0	0,5
Inlandsnachfrage	1,9	2,0	2,0	2,0	1,5	2,0	2,0
Ausfuhr	5,2	11,0	7,5	11,5	10,5	6,5	8,0
Einfuhr	3,3	8,0	5,0	8,5	7,0	3,5	6,0
Bruttoinlandsprodukt	2,4	2,5	3,0	2,5	2,5	3,0	2,5

4. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 751,4	1 763,0	1 785,0	860,0	903,0	872,5	912,5
Staatsverbrauch	614,2	622,5	624,5	303,5	318,5	303,5	321,0
Anlageinvestitionen	672,7	672,0	681,5	319,0	353,0	320,5	361,0
Ausrüstungen	262,7	269,5	283,0	125,0	144,5	131,5	152,0
Bauten	410,0	403,0	398,0	194,0	208,5	189,0	209,0
Vorratsveränderung	23,9	31,5	34,0	28,5	3,0	31,0	2,5
Inlandsnachfrage	3 062,2	3 089,0	3 124,5	1 511,0	1 578,0	1 528,0	1 596,5
Außenbeitrag	2,4	31,0	56,0	10,5	20,5	26,5	29,5
Ausfuhr	826,9	907,5	950,5	444,0	463,5	464,5	486,0
Einfuhr	824,5	876,5	894,5	433,5	443,0	438,0	456,5
Bruttoinlandsprodukt	3 064,6	3 120,0	3 181,0	1 521,5	1 598,5	1 554,5	1 626,5
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	3 034,8	3 087,0	3 152,0	1 510,0	1 577,0	1 547,0	1 605,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,3	0,5	1,0	0,5	1,0	1,5	1,0
Staatsverbrauch	2,4	1,5	0,5	2,0	0,5	0,0	0,5
Anlageinvestitionen	—0,8	0,0	1,5	1,0	—1,0	0,5	2,0
Ausrüstungen	2,4	2,5	5,0	2,5	3,0	5,5	5,0
Bauten	—2,7	—2,0	—1,0	0,5	—4,0	—2,5	0,5
Inlandsnachfrage	0,8	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Ausfuhr	4,9	9,5	5,0	11,0	8,5	4,5	5,0
Einfuhr	2,6	6,5	2,0	7,5	5,0	1,0	3,0
Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	0,7	1,5	2,0	1,5	2,0	2,5	2,0

5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)

Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,9	1,5	1,0	1,5	1,0	1,0	1,5
Staatsverbrauch	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Anlageinvestitionen	—0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausrüstungen	0,3	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5	1,0
Bauten	—0,3	—0,5	0,0	—0,5	0,0	0,0	0,0
Ausfuhr	0,3	1,0	2,5	0,5	1,5	2,0	3,0
Einfuhr	0,6	1,5	2,5	1,0	2,0	2,5	3,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5	1,0

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1997 und 1998

	1996	1997	1998	1997		1998	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

6. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 895,2	1 908,5	1 924,0	896,0	1 012,5	901,5	1 022,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 524,0	1 523,5	1 535,5	715,0	808,5	719,0	817,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	995,0	980,5	987,5	464,5	515,5	466,5	520,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	771,4	827,0	894,5	429,5	397,5	470,5	424,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	691,9	747,0	806,5	390,0	357,0	427,0	379,5
Entnahmen ³⁾⁴⁾	655,2	693,0	736,0	345,5	347,5	372,0	364,0
Nichtentnommene Gewinne	36,7	54,0	70,5	44,5	10,0	54,5	15,5
Volkseinkommen	2 666,6	2 735,5	2 818,0	1 325,5	1 410,0	1 371,5	1 446,5
Abschreibungen	464,8	476,5	490,5	237,0	239,5	244,0	247,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	375,4	385,5	394,0	187,0	198,5	190,0	204,0
Bruttosozialprodukt	3 506,8	3 597,5	3 702,5	1 749,5	1 848,0	1 805,5	1 897,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,0	0,5	1,0	0,5	1,0	0,5	1,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	0,7	0,0	1,0	0,0	0,0	0,5	1,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,2	-1,5	0,5	-1,5	-1,5	0,5	1,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,1	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,7	0,0	1,5	0,5	0,0	1,5	1,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,6	7,0	8,0	7,0	7,5	9,5	6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4,3	8,0	8,0	8,5	7,5	9,5	6,5
Entnahmen ³⁾⁴⁾	6,6	6,0	6,0	3,5	8,0	7,5	5,0
Volkseinkommen	1,8	2,5	3,0	2,5	2,5	3,5	2,5
Abschreibungen	2,6	2,5	3,0	2,5	2,5	3,0	3,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	1,0	2,5	2,0	2,0	3,5	1,5	2,5
Bruttosozialprodukt	1,8	2,5	3,0	2,5	2,5	3,0	2,5

7. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	995,0	980,5	987,5	464,5	515,5	466,5	520,5
Übertragene Einkommen ⁵⁾	629,6	642,5	651,0	322,0	320,0	327,5	323,5
Entnahmen ³⁾	788,5	834,0	881,0	412,5	421,5	439,5	442,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	40,9	42,0	42,5	21,5	20,5	21,5	21,0
Geleistete Übertragungen ⁶⁾	65,6	65,0	66,0	32,5	32,5	33,5	33,0
Verfügbares Einkommen	2 306,6	2 349,5	2 411,0	1 145,5	1 204,0	1 178,5	1 232,5
Privater Verbrauch	2 039,1	2 083,0	2 133,5	1 016,5	1 066,5	1 042,5	1 091,0
Ersparnis	267,4	266,5	277,0	129,0	137,5	136,0	141,5
Sparquote (vH) ⁷⁾	11,6	11,4	11,5	11,3	11,4	11,5	11,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	2,2	-1,5	0,5	-1,5	-1,5	0,5	1,0
Übertragene Einkommen ⁵⁾	1,5	2,0	1,5	2,5	1,5	1,5	1,0
Entnahmen ³⁾	6,3	5,5	5,5	4,0	7,5	6,5	5,0
Verfügbares Einkommen	3,3	2,0	2,5	1,5	2,0	3,0	2,5
Privater Verbrauch	3,3	2,0	2,5	2,0	2,0	2,5	2,5
Ersparnis	3,4	-0,5	4,0	-2,5	2,0	5,0	3,0

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1997 und 1998

	1996	1997	1998	1997		1998	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

8. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸⁾
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	821,1	832,0	851,5	388,5	444,0	397,5	454,0
Sozialbeiträge	701,1	737,0	746,5	350,0	387,0	354,5	392,0
Erwerbseinkünfte	38,2	36,0	37,5	20,5	15,5	22,5	15,0
Sonstige Einnahmen	40,9	42,0	43,5	18,0	24,0	18,5	25,0
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	42,5	45,5	47,0	22,0	23,5	22,5	24,5
Einnahmen insgesamt	1 643,7	1 692,5	1 726,0	798,5	894,0	815,5	910,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	695,4	708,5	715,0	332,5	376,0	334,5	380,0
Zinsen	130,6	135,0	140,0	66,0	69,0	68,0	72,0
Laufende Übertragungen	825,2	847,5	861,5	418,0	429,5	427,0	434,5
Private Haushalte	686,7	711,0	723,0	356,5	354,5	363,5	359,0
Unternehmen	79,2	78,0	79,0	32,0	46,0	33,5	45,5
Übrige Welt	59,3	58,5	60,0	29,5	29,0	30,0	29,5
Vermögensübertragungen	45,2	46,5	48,0	17,0	30,0	17,5	30,5
Bruttoinvestitionen	81,3	78,0	75,0	34,5	43,5	32,0	43,0
Ausgaben insgesamt	1 777,7	1 815,5	1 839,5	868,0	948,0	879,0	960,0
Finanzierungssaldo	−134,0	−123,0	−113,0	−69,0	−54,0	−63,5	−49,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	−2,1	1,5	2,5	−0,5	3,0	2,5	2,5
Sozialbeiträge	4,7	5,0	1,5	5,0	5,0	1,5	1,5
Erwerbseinkünfte	−8,3	−5,5	4,0	−8,0	−2,5	10,0	−3,0
Sonstige Einnahmen	2,5	2,5	3,5	3,0	2,5	3,0	4,0
Vermögensübertragungen ⁹⁾ , Abschreibungen	9,6	7,5	3,0	4,5	10,0	2,5	3,0
Einnahmen insgesamt	0,9	3,0	2,0	2,0	4,0	2,0	2,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,0	2,0	1,0	2,5	1,0	0,5	1,0
Zinsen	0,7	3,5	3,5	3,0	3,5	3,0	4,5
Laufende Übertragungen	2,2	2,5	1,5	2,5	3,0	2,0	1,0
Private Haushalte	2,5	3,5	1,5	4,0	3,0	2,0	1,5
Unternehmen	1,1	−1,5	1,5	−3,0	−0,5	4,0	−0,5
Übrige Welt	−0,3	−1,0	2,0	−9,5	9,0	2,0	1,5
Vermögensübertragungen ¹⁰⁾	−13,0	3,5	2,5	10,0	0,0	2,5	2,5
Bruttoinvestitionen	−6,2	−4,0	−4,0	−1,5	−6,0	−6,5	−2,0
Ausgaben insgesamt	1,5	2,0	1,5	2,5	2,0	1,5	1,5

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (1991 = 100). — 3) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — 4) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. — 5) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale Übertragungen. — 6) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen. — 7) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 8) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung; einschließlich Bundesbahnvermögen und Erblastentilgungsfonds. — 9) 1995 ohne Einnahmen von 5,6 Mrd. DM aus der Übernahme der Deutschen Kreditbank. — 10) 1995 ohne auf den Erblastentilgungsfonds übertragene Schulden der Treuhandanstalt von 204,6 Mrd. DM und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft von 30,0 Mrd. DM.

Quellen: 1996 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) und eigene Berechnungen. 1997 und 1998 Prognose des DIW.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 155 **Technologische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland** — Theoretische und empirische Aspekte einer international vergleichenden Analyse. Von Dieter Schumacher, Heike Belitz, Alfred Haid, Kurt Hornschild, Hans J. Petersen, Florian Straßberger, Harald Trabold unter Mitarbeit von Marian Beise. 369 S. 1995. (3-428-08360-1). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 156 **Aufbau des industriellen Mittelstands in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Dietmar Edler, Frank Fleischer, Kurt Hornschild, Angela Scherzinger und Florian Straßberger. 191 S. 1995. (3-428-08372-5). DM 122,— / öS 891,— / sFr 122,—.
- Heft 157 **Wirtschaftliche Aspekte einer Vereinigung der Länder Brandenburg und Berlin.** Von Thomas Döring, Kurt Geppert, Manfred Horn, Eckhard Kutter und Dieter Vesper. 304 S. 1995. (3-428-08373-3). DM 158,— / öS 1.153,— / sFr 158,—.
- Heft 158 **Industriegüterimporte der EG aus Lateinamerika — Rahmenbedingungen und Perspektiven** —. Von Hans J. Petersen, Uta Möbius, Katharina Müller, Siegfried Schultz und Christian Weise. 218 S. 1995. (3-428-08393-8). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 159 **Ein System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland — Konzeption, Erstellung, Auswertung.** Von Utz-Peter Reich, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Joachim Schintke und Wolfgang Eichmann. 324 S. 1995. (3-428-08394-6). DM 164,— / öS 1.197,— / sFr 164,—.
- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU — Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 17. Juli 1997

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>
Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettli, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1997/98. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304